

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

170 (24.7.1913)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 ¢, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 ¢; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 451.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 3. Postamtserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei G&C, Karlsruhe.

Kultur und Konservatismus.

Das „Hamburger Echo“ kennzeichnet das konservative Junkertum treffend wie folgt:

Die Konservativen haben stets und überall versichert, konservativ sein heiße nicht reaktionär, nicht rückschrittlich, nicht fortschrittschennend und freiheitsfeindlich. Der Sinn des Wortes sei „erhalten“. Konservativ sein heiße: „erhalten alles, was gut und schön ist, was nützlich und recht ist, nach göttlichem und menschlichem Recht; der Konservatismus wirke für die „Förderung des Gemeinwohles“; er allein sei imstande, die „wahre staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu erhalten“ und die „Kultur in den richtigen Bahnen zu entwickeln“. Wer weiß wie oft haben wir erlebt, daß die Junker und Junkergenossen sich gerühmt haben, die „echte und rechte Volks- und Kulturpartei“ zu sein, die „allen Gliedern des Volkes ihre Liebe und ihr Wohlwollen zuwenden“.

Das ist ein grotesker Schwindel, den die Konservativen besonders in letzter Zeit wieder aus Anlaß ihrer Haltung zu der Heeresvermehrung und den neuen Steuern sehr stark betrieben haben. Weit zurückgehende und in den letzten Jahrzehnten außerordentlich vermehrte Erfahrung lehrt, daß der Konservatismus, dessen Kern das junkerliche Großagrarertum und der Hof- und Militäradel bildet, das schlimmste aller fortschrittschennend- und kulturfeindlichen Elemente ist. Als das zu erhaltende „Gute“ hat er immer das Schlechte ausgegeben: die Ungerechtigkeit aller Art; den ganzen Inhalt des auf Volkswirtschaft und -unterdrückung gerichteten erworbenen Rechts; die Vergewaltigung der Volksrechte und -freiheiten; die Gesetze und Einrichtungen, die dazu dienen sollen, den politischen, wirtschaftlichen und allgemeinen kulturellen Fortschritt, die intellektuelle und materielle Hebung der Massen zu verhindern.

Seine politische Grundidee ist die des monarchischen Absolutismus, trotz aller Wandlungen, die das monarchische Regiment erfahren hat, geblieben; die Herrschaft eines Monarchen, der seine Aufgabe darin sieht, den Anschauungen und Interessen der Junker und der ihnen verbündeten kirchlichen Kirchenmänner zu dienen.

Dem Konservatismus verbannt das Volk die Rückständigkeit des Volkserziehungswesens, der Schule, die Anebelung der Wissenschaft an den Univerſitäten, den verderblichen Einfluß der Kirche auf die Schule.

Der Konservatismus will für die Jugend der arbeitenden Klassen nicht wirkliche und wahre Erziehung und Bildung, sondern eine Dressur zur Untertänigkeit unter die herrschenden Gewalten, Stände und Klassen. „Der dümmste Arbeiter der beste.“

Der Konservatismus ist Gegner des freien Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde, Gegner der Freizügigkeit, Gegner einer gerechten und humanitären Ausgestaltung der öffentlichen Armenpflege sowie einer zeitgemäßen Ausgestaltung der öffentlichen Gesundheitspflege.

Der Konservatismus steht allen Bestrebungen auf eine dem modernen Rechtsempfinden entsprechende Reform des Strafrechts und der Strafrechtspflege feindlich gegenüber; er will nicht humanitäre Milderung dieses Rechts, sondern brutale Verschärfung: Prügelstrafe, Deportation usw.

Der Konservatismus ist grundsätzlich Gegner jeder den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse genügenden sozialpolitischen Gesetzgebung (Arbeiterversicherung, Arbeiterlohn). Er will die Gesundheitsverschönerung aufrechterhalten. Aber Wohlwollen und Förderung läßt er der Zünftlerei und überhaupt jeder sogenannten „Mittelstandspolitik“ angeheihen, die mit dem wirtschaftlichen Fortschritt unvereinbar ist.

Der Konservatismus will diesen Fortschritt mit allen nur möglichen Mitteln verhindern; er ist industriefeindlich und feind auch jeder gesunden Verkehrspolitik. Wenn er die Macht dazu hätte, so würde er ohne weiteres das freie Gewerkschaftswesen, die Konsumvereine usw. der Arbeiter vernichten.

Der Konservatismus wetteifert mit dem großindustriellen und zünftlerischen Scharfmachertum geradezu fanatisch in dem Bemühen, Ausnahmegebote zur Vergewaltigung der Arbeiterorganisationen und zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu erreichen.

Die blaue Sippschaft ist die festeste und sicherste Stütze der ungerechten und unheilvollen Wirtschaftspolitik, unter der die arbeitenden Klassen nun schon Jahrzehnte zu leiden haben. Ihr hauptsächlich ist das volksausbeuterische agrarische Schutzollsystem und alles andere (Grenzperre usw.) zu danken, was zu einer Ersäuerung und Verschlechterung der Lebenshaltung der Massen geführt hat.

Daß der Konservatismus ein gerechtes Steuersystem nicht will, daß er der Einführung eines solchen Systems mit aller Entschiedenheit widerstrebt, hat er ja erst bei der Deckungsvorlage wieder drolich bewiesen.

Und ebenso hat er aufs neue die alte Erfahrung bestätigt, daß er die Hauptflüe des Militarismus, des Wehrwüstens ist, daß seine Sehnsucht auf einen schauerhaften Krieg gerichtet ist. Mit einer Frivolität und Gewissenlosigkeit ohne gleichen bekämpft er alle Bestrebungen, die dahin gehen, den Frieden zu sichern, die Ursachen der Kriege zu beseitigen, die

Völkerverständigung, die große Kulturgemeinschaft der Nationen zu schaffen. In der rohesten Weise hat er stets wahrhaft gewütet gegen die internationale Sozialdemokratie, die nach diesem erhabenen Ziele ringt. Freilich, der Militarismus, der Wahnsinn des Wehrwüstens und des Krieges, gehört ja mit zu den hauptsächlichsten Existenzbedingungen der Junkerlaste. Denn in ihren Spröhlungen sind ja, zwar nicht rechtlich, aber doch tatsächlich, die leitenden Posten im sogenannten „Wehrsystem“ vorbehalten, wie die Blaublütigen denn auch die maßgebenden Stellungen in der Staatsverwaltung zum weitaus größten Teile innehaben.

Bei dem Schwergewicht des Konservatismus, den Junkern, liegen Privilegien aller Art. Man denke zum Beispiel auch noch an das preussische Herrenhaus. Und ein Privileg sogenannter Volksvertretung ist ihnen auch noch gesichert durch das skandalöse preussische Dreiklassenwahlrecht mit seiner auf ihr Interesse direkt berechneten Wahlkreiserteilung. Dieses System ermöglicht ihnen, große Wählermassen zu terrorisieren. Nur ihr und der Unterstützung der Staatsgewalt verdanken sie die Mehrzahl ihrer Mandate im Parlament.

Deshalb sehen die Konservativen auch alles daran, daß dieses System erhalten bleibt, daß keine Wahlreform erfolgt. Aber auch das ist „Kulturkonservatismus“. Wie schrieb doch kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“? Wörtlich: „Gerade das Festhalten an dem preussischen Wahlrecht ist eine unerlöbliche Vorbedingung des wirklichen Kulturkonservatismus. Jede Radikalisierung und Demokratisierung des größten deutschen Staats gefährdet den Fortschritt und die Kultur.“ (11) Und im Zusammenhang damit ließ sich das Bündlerorgan gleich die nicht minder ungeheuerliche Behauptung entlocken: „Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten bedeutet, wenn man die Dinge in der Tiefe durchdenkt, ohne Zweifel eine starke und höchst bedenkliche Gefährdung der Kultur.“

Jedes Wort der Kritik würde die abschreckende Wirkung solcher Befundungen des „Kulturkonservatismus“ auf gesunde Urteilskraft nur beeinträchtigen können. — So plump, so erbärmlich, so schamlos sind die Befundungen. Uebrigens richtet der Konservatismus sein Streben ja auch auf die Beseitigung des bestehenden Reichstagswahlrechts, daß seiner Behauptung nach besonders deshalb ein „verderbliches“ ist, weil es der Sozialdemokratie, das heißt der Arbeiterklasse, ermöglicht hat, eine starke Stellung im Reichsparlament zu erringen.

Die Konservativen, die Junker und Junkergenossen, haben keine Bedenken getragen, die Regierung und den Kaiser aufzufordern, nur dreißig einen Staatsstreich zwecks Vernichtung dieses Wahlrechts zu wagen. Sie haben niemals ein Fehl daraus gemacht, daß ihnen eine „gründliche Abrechnung“ mit der „Umsturzpartei“ durch Provokation des Gewaltkampfes, durch Entfesselung des Bürgerkrieges überhaupt als das „Radikalmittel“ erscheint, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu sichern. Im Blute des Proletariats soll die große Kulturbewegung der Arbeit erstarkt werden!

Und diese Sippe nennt sich „Volks- und Kulturpartei“! Wir sagen nicht: „Hol sie der Teufel“, denn sie ist Beelzebub selbst, das verkörperte Prinzip des Bösen. Aber die Zeit wird kommen, wo das Volk ihr den Daumen aufs Auge und die Arie auf die Brust setzt. Die Schändung der deutschen Kultur durch den „Kulturkonservatismus“ wird ein Ende nehmen!

Ein Gewerkschaftskonflikt.

Die Werftarbeiter an der nordischen Wasserfante stehen im Streik. Mit elementarer Wucht hat sich bei ihnen das Bedürfnis nach Verbesserung ihrer Lage durchgesetzt. Wir alle können den Werftarbeitern diesen Wunsch nachfühlen und halten ihn für absolut berechtigt. Allein die Werftarbeiter haben sich in Gegensatz zu der Organisationsleitung der sieben in Betracht kommenden Verbände gesetzt, indem sie allen Warnungen zum Trotz den Streik proklamierten, noch bevor der für die Unterhandlungen festgesetzte Termin abgelaufen war. Sie haben damit einen ebenso schweren als bedenklichen Konflikt heraufbeschworen, der für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung von den verhängnisvollsten Folgen sein könnte. Die Zentralverbände der sieben in diesem Werk engagierten Verbände verweigern die Anerkennung und Förderung des Streiks durch finanzielle Unterstützung aus den Mitteln der Organisationen. Die Verbandsleitungen haben nachstehende Erklärung erlassen:

„Die diesjährige Bewegung der Werftarbeiter wurde im Einverständnis mit den beteiligten Verbandsvorständen und den beteiligten Arbeitern eingeleitet. Es wurde eine aus Vertretern der Mitglieder aus den einzelnen Werktorten bestehende Konferenz eingesetzt, die sowohl bei der ersten Einleitung, als auch im späteren Verlaufe der Bewegung zur regelmäßigen Beratung und Entscheidung herangezogen wurde. Die Konferenz und die Vorstände waren sich darin einig, daß ernstlich versucht werden müsse, die Bewegung auf friedlichem Wege durchzuführen, und erst wenn dieser Versuch gescheitert war, das Mittel des Streiks zur Anwendung zu bringen. Man wollte den Kampf nach Möglichkeit vermeiden, scheute ihn aber auch nicht. Als die Verhandlungen zwischen einer aus den verschiedenen Werktorten zusammenge-

setzten Beratungskommission und den Werksbetreibern auf dem toten Punkt angelangt waren, nahmen die Verbandsvorstände zunächst unter sich und dann mit der Verhandlungskommission der Arbeiter — 32 Vertreter aus verschiedenen Werken und Orten — zu der Angelegenheit Stellung. Man kam überein, daß nunmehr die Verbandsvorstände als die verantwortlichen Instanzen der Verbände Verhandlungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Verbandsleitungen vorschlagen sollten, um auch das letzte Mittel zur Herbeiführung einer friedlichen Verständigung nicht unversucht zu lassen. Die am 18. Juli in Hamburg tagende Werftarbeiter-Konferenz stimmte diesem Vorschlage mit fünfsechstele mehrheit der anwesenden Vertreter zu. Als Termin für die Antwort der Unternehmerverbände wurde der 17. Juli bestimmt. Damit waren sowohl die Verbandsvorstände als auch die beteiligten Mitgliedschaften verpflichtet, die Wirkung der von den Vorständen eingeleiteten Aktion abzuwarten. Aber schon am Montag, 14. Juli, als die Unternehmerorganisation kaum im Besitz des Schriftstücks der Verbandsvorstände sein konnte, wurde zunächst auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg die Arbeit niedergelegt, mit Ausnahme einiger Arbeitergruppen, die unter Hinweis auf die Konferenzbeschlüsse von einem Streik abtraten.

Diese Mahnungen wurden jedoch ebenso wie die der Organisationsleitung in den Wind geschlagen. Ein Werksbetreuer der Werksbetriebe erklärte sogar der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes: „Wir wollen uns nicht mehr Sand in die Augen streuen lassen!“ Trotz ausdrücklicher Warnung auch dieser Arbeiter traten ein Teil der Arbeiter von Blohm u. Voß und die gesamten Arbeiter der Vulkanwerft in Hamburg in den Streik ein. Am 17. Juli ruhte die Arbeit auf den Hamburger Werften fast vollständig. Unmittelbar nach der Arbeitsniederlegung in Hamburg erfolgte eine solche des Schiffsbauwesens in Flensburg und am Mittwoch früh der Rietter in Stettin sowie der übrigen Abteilungen der Werft in Flensburg. In Stettin hatten solche Verhandlungen stattgefunden und sollten am Donnerstag, 17. Juli, fortgesetzt werden. Die Arbeitsniederlegung erfolgte hier also noch während der schwedischen Verhandlungen. Dies der Sachverhalt. Stellung der Verbandsvorstände ist hiernach gegeben. Die Statuten aller gewerkschaftlichen Zentralverbände machen nicht etwa zufällig, sondern aus zwingenden Gründen Arbeitsniederlegungen von der Genehmigung der Vorstände abhängig. Eine solche Genehmigung war nicht erteilt, konnte auch, solange die Verhandlungen nicht endgültig abgeschlossen waren, nicht erteilt werden. Die Statuten der gewerkschaftlichen Zentralverbände verweigern ihren Mitgliedern in allen Fällen, wo Streiks ohne Genehmigung der Vorstände eingeleitet werden, die Unterstützung. Nach den Satzungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um dessen Mitglieder es sich bei den Arbeitsniederlegungen in erster Linie handelt, verzichten die Mitglieder in solchen Fällen auf jedwede Unterstützung. Mit solchen statutarischen Vorschriften müssen sich auch die Vorstände abfinden. Die Vorstände können aber auch tatsächlich ihre Genehmigung nicht erteilen, weil das Vorgehen der genannten Mitglieder die im ausdrücklichen Einverständnis mit der Werftarbeiterkonferenz festgelegte Taktik über den Haufen wirft und dadurch die Absicht der Unternehmer, die Verantwortung für einen etwa entstehenden Kampf den beteiligten Arbeiterorganisationen zuzuschreiben, unterstützt. Die Vorstände können auch nicht dulden, daß ohne vorherige Abstimmung der in Betracht kommenden Mitglieder Streiks inszeniert und wohl vorbereitete Bewegungen durch solche Putsch in Frage gestellt werden. Sie können nicht zulassen, daß ein Teil unbesonnener Mitglieder die besonnenen, ruhig abwägenden Mitglieder des Rechts der Stimmabgabe bei solchen ersten Entscheidungen berauben. Sie dürfen sich nicht außerhalb des Status stellen, auch dann nicht, wenn die Zahl der Mitglieder, die das tut, eine große ist. Durch das Verschwinden dieser Mitglieder ist die Bewegung schon jetzt auf einem Punkt angelangt, wo sie zu einem erfolgreichen Ende nicht geführt werden kann. Aus diesem Grunde können die Vorstände eine Verantwortung für den Ausgang der Bewegung nicht übernehmen, solange wie die wilden Streiks bestehen und solange die Mitglieder gegen die Beschlüsse der eigenen Vertreter verstoßen. Die Vorstände dürfen von der organisierten Arbeiterschaft wohl objektive Würdigung dieser ihrer Stellung, von den eigenen Mitgliedern aber Achtung vor den selbst gegebenen Gesetzen erwarten.“

Man wird nach dieser Sachlage bei aller Sympathie für die berechtigten Forderungen der Werftarbeiter den Organisationsleitungen keinen Vorwurf wegen ihrer Haltung gegenüber dem Streik machen können. Hier kommen nicht nur verständnisgemäe, nüchterne Erwägungen in Betracht, es steht das Vertrauen in die Verprechungen der Organisation auf dem Spiele. Dieses Vertrauen darf nicht durch unüberlegte, in, wenn auch berechtigter Erbitterung, beschlossener Willensakte erschüttert werden, wenn nicht die Grundlage jeder Organisation, die Disziplin und damit die Organisation selbst zerstört werden soll. Die Hauptvorstände der beteiligten Organisationen konnten ja nicht anders handeln, als wie sie es getan haben. Die Werftarbeiter haben, indem sie den Weisungen ihrer Organisationsleitungen zum Trotz in den Streik eintraten, ihre Situation sicher nicht gebessert. Soffentlich läßt sich der in so unverantwortlicher Weise heraufbeschworene Konflikt beilegen.

Deutsche Politik.

Uniformierte Diener am Wort.

Der Kaiser hat eine Lücke im Heerwesen bemerkt: die Militärpfarrer hatten keine Uniform. Sofort haben sie eine, und zwar eine sehr feine. Sie wird so beschriebene:

stalt
he.
äder.
Rappe-
Stass-
hwefel-
ler.
tagen:
Uhr bis
tag ge-
gen bis
15
Uhr.
ntige
ehörige
die
hol-Kranke
ook
ingerotrasse
jedermann.
bis 1 Uhr.
aller 2008
Systeme,
sälig. Katal.
ausgeweg.
h&C
elbe
ner
feln
fig.
fig.
75
s
raut
fig.
e
der
ringe
fig.
e 2842
rck-
nge
fig.
2.60
h&C

Der Rock ist von feldgrauem Tuch mit stehendem Kragen, Aermelumschlägen und einer Reihe Knöpfe, deckt das Knie. Er hat um den Kragen, die Aermelumschläge und vorn herunter violette Vorstöße. Dazu wird eine feldgraue Stiefelhose getragen. Auch Mantel und Umhang sind von grauem Tuch. Die Kopfbedeckung besteht aus dem weichen feldgrauen Filzhut mit violetter Hutband, violetter Umrandung, Reichs- und Landesfarben, dazwischen ein weißes Emaillekreuz. Auch die feldgraue Mütze hat violetten Besatz, Aokarnde und Kreuz wie der Hut. Schürschuhe und Gamaschen sind aus gebräuntem Leder, die Handschuhe von rotbrauner Farbe. Am linken Oberarm wird eine violette seidene Feldbinde mit weißen Streifen und dem roten Kreuz auf weißem Grunde getragen. Dazu kommt als geistliches Erkennungszeichen ein Kreuz an einer Kette um den Hals. Die katholischen Feldgeistlichen tragen auf dem Marsch und im Gesecht die violette Stola.

Wie wir hören, haben die geistlichen Vorgesetzten außerdem angeordnet, daß die Geistlichen unterhalb der königlichen Montur noch die bekannte paulinische Rüstung eines Christenmenschen zu tragen haben: den Panzer der Gerechtigkeit, den Helm des Heils und die ganze Ausrüstung derer, die allezeit fertig sein sollen „zu treiben das Evangelium des Friedens“.

Zentrum und Reichstagsauflösung.

In dem unter dem Titel „Zentrumspolitik im Reichstag“ vom Abg. Erzberger verfaßten Rechenschaftsbericht des Zentrums über seine Tätigkeit in der verflochtenen Reichstagsession kommt Abg. Erzberger auch auf die Steuerfrage eingehend zu sprechen und sagt zu der Eventualität der Ablehnung der Besitzsteuer:

Ein Konflikt wäre die Folge gewesen und die Auflösung des Reichstags unvermeidlich, dies aber in einer Situation, die für das Zentrum nicht angenehm gewesen wäre. Gerade das Zentrum hatte alles Interesse daran, es in dieser Frage nicht zum Konflikt kommen zu lassen.

Damit wird ganz offen zugegeben, daß das Zentrum seit davon überzeugt war, daß seine Wählermassen von einer Ablehnung der Heranziehung des Kindeserbes nichts wissen wollten. Eine Auflösung wegen der Deckungsfrage hätte ganz selbstverständlich die Erbschaftsteuer in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt und das Zentrum mußte sich ergen, daß dann in einem neuen Reichstag jedenfalls eine Erbschaftsteuer in wesentlich anderer Form angenommen worden wäre, als nur dadurch, daß die Erbschaften als Vermögenszuwachs zur Besteuerung gelangen. Aus dieser Angst vor einer Reichstagsauflösung heraus erklärt sich auch die auffällige Schwendung, die das Zentrum in der Steuerfrage ganz plötzlich gemacht und die auch nicht gut verdeckt werden kann durch die Behauptung, daß die neuen Besitzsteuern völlig dem bekannten Besitzsteuerantrag Wassermann-Erzberger entsprechen. Diese Form hatte der Abgeordnete Erzberger ohne Zweifel nicht gemeint, als er gemeinsam mit dem Abg. Wassermann seinen Namen unter den bekannten Besitzsteuerantrag setzte.

Protest gegen die Wahl des Abg. Böhm. Die Konservativen haben gegen die Reichstagswahlwahl in Salzwedel-Verdelegen Protest erhoben und stützen diesen Protest darauf, daß auf dem Stimmzettel der Wohnort des Dr. Böhm als Groß-Vichtersfelde bezeichnet wurde. Diese Bezeichnung soll nicht stimmen, weil der Ort offiziell Berlin-Vichtersfelde heißt und weil Dr. Böhm während der Wahl in Salzwedel polizeilich gemeldet war und dort auch sein Wahlrecht ausübt hat. — Wenn die Konservativen keine anderen Protestgründe haben, dann werden sie mit diesem Protest allerdings glatt abfallen. Aus dem Stimmzettel muß die Person des Gewählten unzweifelhaft ersichtlich sein. Ein Zweifel darüber, daß der zum Abgeordneten gewählte Dr. Böhm gemeint war, kann nicht bestehen, und die Wahlprüfungskommission hat in solchen Fällen wiederholt entschieden, daß eine angelegentlich unrichtige Bezeichnung des Wohnortes nicht zur Kassierung der Stimmen des Gewählten führen kann.

Dem Verdienste seine Krone. Nachdem der Reichstanzler, der frühere Kriegsminister v. Seeringen und der General Wachs teils mit Orden, teils mit Wäbren für ihre Tätigkeit bei der Heeresvorlage belohnt worden sind, ist nunmehr auch der Reichssekretär Kühn, der sich redlich plagte, die Deckungsunterlagen unter Dach zu bringen, bedacht worden. Wie soeben an-

sich bekannt gegeben wird, bekam er einen hohen preußischen Orden.

Die Amnestie. Das preußische Justizministerium hat ungefähr 12 000 Anträge auf Begnadigung infolge des Amnestie-Erlasses dem preußischen Könige unterbreitet. Wie berichtet wird, sei damit die Zahl der Fälle noch nicht abgeschlossen, denn insbesondere die schweren Fälle, bei denen teilweise die Freiheitsstrafen sofort unterbrochen worden sind, bedürfen erst noch einer genaueren Prüfung, die eine Begnadigung befürworten kann, jedoch sich die Zahl der Begnadigungen noch erhöhen wird. — Hoffentlich unterbreitet man dem preußischen Landtage eine Statistik, damit auch ersichtlich gemacht wird, wer von der königlichen Gnade bedacht wurde und um welche Delikte es sich bei den Begnadigungen hauptsächlich handelte.

Sondersteuer auf Kraftfahrzeuge in Preußen. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ plant die preußische Regierung eine Sondersteuer auf Kraftfahrzeuge. Der Minister des Innern und der der öffentlichen Arbeiten haben an die Oberpräsidenten eine gemeinsame Verfügung gerichtet, in welcher diese um Beantwortung einer Reihe von Fragen und um Vorschläge ersucht werden. Die Oberpräsidenten haben bis zum 9. September dieses Jahres zu berichten.

Preussische Wahlstatistik. Die amtliche Statistik über die preußischen Landtagswahlen lag bisher sehr im Argen. Das soll, wie es scheint, besser werden. Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, ist das gesamte Material der Landtagswahlen dem Landesstatistischen Amte mit dem Auftrage überwiesen worden, es zu einer geeigneten Wahlstatistik zu bearbeiten. Das Ergebnis der statistischen Bearbeitung der Wahlsiften geht zuerst an das Ministerium des Innern und von diesem an das Staatsministerium.

Ausland.

Frankreich

Analphabeten in der französischen Armee. Die jährliche Statistik des Kriegsministeriums zeigt, daß die zuletzt ermittelte Analphabetenklasse 1911 nicht weniger als 12 118 vollständige Analphabeten zählt.

Holland.

Die Ministerfrage. Eine neue Konferenz von Parteivorstand, der neuen Kammerfraktion und der Redaktion des Zentralorgans hat beschlossen, den schon ausgesprochenen a u e r o r d e n t l i c h e n Parteitag zur Beratung der Ministerfrage nicht stattfinden zu lassen. Die Konferenz hat sich nämlich mit beträchtlicher Mehrheit gegen jede Teilnahme von Sozialisten an einer liberalen Kabinettsbildung in der heutigen Situation ausgesprochen, unter Weibehaltung ihrer schon früher ausgesprochenen Vereinerklärung, ein liberales Kabinett zu unterstützen, das so schnell wie nur möglich das Allgemeine Wahlrecht und die unentgeltliche Staatspensionierung bringen soll. Die Konferenz wünscht aber nicht, mit sozialistischen Ministern auch die Fraktion und die ganze Partei zu Gefangenen des liberalen getarnten Kapitalismus zu machen und betrachtet auch ein so wenig homogenes und dadurch schwaches Kabinett, als es ein liberal-sozialistisches sein würde, als die schlechteste Gewähr für die halbe Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. In Anbetracht der Tatsache, daß die Konferenz dem Parteitag keine Abweichung von der bisher befolgten Auffassung und Politik vorschlagen hätte und es schon feststeht, daß die große Mehrheit der Partei den Standpunkt der Konferenz teilt, ist eine nochmalige Beschlussfassung auf einem Parteitag unnötig; daher wird dieser nicht abgehalten.

Italien.

Das Wahlprogramm der sozialdem. Partei. Nach langer Diskussion hat der italienische Parteivorstand in seiner am 16. Juli zum Abschluß gekommenen Tagung eine Tagesordnung über das Wahlprogramm bei dem bevorstehenden Wahlkampf angenommen.

Die betreffende Resolution erinnert zunächst an den Parteitagbeschluss von Reggio Emilia, der alle Wahlbündnisse bedingungslos unterlagte und fest dann fest, daß die Periode der Wahlagitacion benutzt werden soll, um den Millionen von Proletariaten, die zum erstenmal ihr Wahlrecht ausüben, das Programm der sozialistischen Partei vorzuführen mit ihren Methoden und Endzwecken unter Darlegung des Wertes, der im Willen der Partei der parlamentarischen Aktion beigemessen wird. Die Tagesordnung beschließt weiter, die unheilvollen Folgen des Militarismus und des Kolonialismus in politischer und finanzieller Beziehung im Wahlkampf zu beleuchten und den antikapitalistischen und antimonarchischen Charakter der Partei zu betonen. Schließlich werden die Forderungen festgesetzt, für deren Vertretung im Parlament die sozialistische Partei die

Zustimmung der Massen fordert: 1. Systematische Opposition gegen die Politik der Kolonialabenteuer und des Militarismus. 2. Opposition gegen jede Form industrieller und agrarischer Schutzzölle. 3. Arbeiterchutzgesetzgebung, namentlich Arbeiterversicherung, Urbarmachung des brachliegenden Grund und Bodens. 4. Eine Abgabepolitik der Enteignung, die das durch den Krieg verursachte Defizit deckt und dessen Last ausschließlich auf die kapitalistischen Klassen abwälzt und es ermöglicht, eine Milliarde für die erwähnten sozialen Reformen auszuwerfen. 5. Hebung des Schulwesens und Besserstellung der Lehrer. 6. Umgestaltung des neuen Wahlgesetzes durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter und der Proportionalwahl mit Proportionalabtreterung. 7. Abschaffung der Crispianischen Ausnahmegefesse und der Paragraphen des Strafgesetzbuches, die die Gedankenfreiheit und die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe hindern.

Weiter wird auf Antrag Mussolinis beschlossen, durch leistungsfähige Broschüren über Einzelfragen die Forderungen dieses Programms in die Massen zu tragen und am ersten Sonntag im September die Wahlvorbereitungen durch gleichzeitige Abhaltung von Volksversammlungen in ganz Italien zu beginnen. Der Vorstand hat auch die Liste der proklamierten Parteilandidaten, deren Zahl sich auf 296 beläuft, diskutiert. Drei Kandidaten wurden beantragt.

Was die Stichwahlen betrifft, so hat der Parteivorstand beschlossen, Wahlabkommen nur mit den Kandidaten zu treffen, die gegen die Kolonialpolitik und gegen die Vermehrung der Militärausgaben Stellung nehmen und sich schriftlich dazu verpflichten. Während der Stichwahlwoche wird der Parteivorstand beständig tagen und von Fall zu Fall über die Wahlabkommen entscheiden. In mehreren Wahlkreisen stehen einander sozialistische und reformistische Kandidaten gegenüber.

Badische Politik.

Bruch des liberalen Blockabkommens.

Die Rastatter Nationalliberalen haben entgegen dem zwischen den liberalen Parteien getroffenen Abkommen in der Person des Gemeinderats Niederbühl eine eigene Kandidatur aufgestellt. Der „Bad. Landesbote“ bemerkt dazu:

„Dieses Vorgehen bedeutet einen Bruch des Blockabkommens, dessen Folgen für den Rufmarfch der Linken im übrigen Land nicht abgesehen sind, falls es der nationalliberalen Parteileitung nicht gelingen sollte, die Rastatter Eigenbröckler zur Räion zu bringen. Man spekuliert in Rastatt offenbar auf Zentrumshilfe, mit der man den seitherigen Mandatsinhaber, Dr. Vogel, zu Fall bringen will. Daß man mit diesem Vorgehen dem Zentrum einen billigen Triumph bereitet, scheint man in Rastatt nicht zu begreifen. Uebrigens hat das Rastatter Zentrum ebenfalls eine Verammaltung abgehalten; der gefasste Beschluß ist noch nicht bekannt.“

Die „Bad. Landeszeitung“ schreibt: offenbar parteioffiziös:

„Da diese Kandidatur im Widerspruch steht mit dem Wahlabkommen zwischen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei, der der Bezirk Rastatt zugesprochen wurde, wird sich die nationalliberale Parteileitung selbst zu dieser Angelegenheit äußern.“

Das Vorgehen der Rastatter Nationalliberalen spricht aller Parteidisziplin Hohn. Aber gerade deshalb werden sie von der Zentrumsum und übrigen reaktionären Presse gelobt werden.

Schindluberei

treibt die Zentrumspresse in der Frage der Einführung der Proportionalwahl. Während sie sorgfältig verfährt, das Zentrum sei und bleibe ein Freund der Einführung des Proporz für die Landtagswahl, sucht der Chef der Zentrumspartei, Geffl. Rat W a d e r, mit allen Finessen einer jesuitischen Subtilität zu begründen, warum das Zentrum die Einführung der Proportionalwahl auf dem nächsten Landtag verhindern muß. So schreibt er neuerdings in seinen gegen den Abg. Rebm ann gerichteten Artikeln:

„Wenn die Frage des Proportionalwahlverfahrens auf dem Landtag 1913/14 zur Beratung gestellt werden sollte — sicher ist es einstweilen noch nicht —, so wird es unter einem Titel geschehen, welcher der Frage einen ganz andern Charakter gibt. Nicht die Regierung wäre es, welche für diesen Titel verantwortlich zu machen wäre, sondern die Großblod-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaifker.

56

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Frau Carlsen fand die Wohnung leer, als sie nach Hause kam. Sie hatte es nicht anders erwartet; sie war es seit langem auch nicht anders gewohnt. Es war immerhin eine Erleichterung gewesen, daß sie mit Septimus hatte sprechen können. Sie hatte noch eine Weile zu nähen, dann wollte sie sich zu Bett legen. Nicht um zu schlafen, davon war keine Rede. Es war ihr nur so schrecklich, allein in der leeren Stube zu sitzen. Sie hörte, wie der Kommiss den Laden schloß und in seine Kammer hinaufging. Es sollte nicht mehr lange dauern, dann wollte sie auch verschwinden. Sie war eben dabei, ihre Sachen zusammenzupacken, als unten die Ladenglocke schrillte. Sie horchte etwas erstaunt. Es war Carlsen. Carlsen war am Vormittag in einer furchtbaren Stimmung aufgewardt. Er hatte sich zunächst durch den Gang von der Fischergasse aus zu Bern hinuntergeschlichen; er wollte erfahren, wie der Abend ausgegangen war, er selbst hatte alles vergessen. Der alte Bern teilte ihm schonend den Sachverhalt mit. Es beruhigte ihn, daß er offenbar ungelesen nach Hause gekommen war, ein tiefes Gefühl der Scham aber nahm ihm doch den inneren Frieden. Er ging schließlich zu Dagmar hinunter. Er suchte Trost bei ihr, ohne es eigentlich recht zu wissen. Sie wußte ihm die grauen Stimmungen mit leichtem Gelauder zu nehmen, sie tat es auch in diesem Falle. In der Dämmerung war er mit Claus zusammen und wurde nun vollends beruhigt. Sie seien von keinem Menschen gesehen worden; es sei eine Kinderei gewesen, wie sie alle Tage vorkäme; es lohne sich nicht, über die lächerliche Sache auch nur ein Wort zu reden. Carlsen aber fand die rechte Stimmung doch nicht. Es lag ihm wie Blei in den Gliedern, es war, als sei ihm der Körper steif geworden. Ein finsterner Druck lag auf den Gedanken, und auch der wohlwollende Vorschlag des großen Claus, es mit einer radikalen Grogkur zu versuchen, brachte keine nachhaltige Besserung. Er ging am Abend wieder aus, schon weil er den Augen des

Kommiss entgegen wollte, der einen so sonderbaren Ernst zur Schau trug, es gefiel ihm aber in der Wirtschaft nicht. Er wartete, bis der Kommiss zu Bett sein mußte, dann ging er nach Hause. Er grüßte kurz und mit schlechtem Gewissen, als er in das Zimmer trat. Frau Carlsen gab eine müde Antwort. Es war eine so lähmende Hoffnungslosigkeit über sie gekommen.

„Willst du zu Bett gehen?“ Er sah, daß sie am Zusammenpacken war.

„Ich bin im Begriff.“

„Ich werde mich auch hinlegen.“ Er streifte sie mit einem scheuen Blick. Ob sie wohl etwas sagen würde?

„Tu das.“ Sie sagte weiter nichts.

Sie gingen dann in das Schlafzimmer hinein und zogen sich wortlos aus. Es war das erste Mal seit langer Zeit, daß sie zusammen zur Ruhe gingen.

Schade, daß die Veranlassung so traurig ist, dachte Frau Carlsen, aber weiter vermochte sie auch nichts zu denken. Die Natur verlangte endlich ihr Recht. Als sie endlich ins Bett gekommen war, schlief sie wie ein Stein bis zum andern Morgen.

Was ist nun wieder los, sagte Septimus, als er am Abend des nächsten Tages ins lampenerhellte Wohnzimmer trat. Frau Carlsen lächelte flüchtig. „Ach, es wird weiter nichts sein. Carlsen hat Fieber.“

„Wunderlich nicht.“

„Sie dürfen ihm nicht sagen, daß ich bei Ihnen gewesen bin.“ fügte sie leise hinzu.

„Für wie dumm halten Sie mich eigentlich?“ knurrte Septimus.

„Es ist schon gut.“

Septimus war sofort an der Glasür. Er war viel beschäftigt und hielt sich nicht lange auf.

„Wo fehlt es?“

Carlsen war im Bett und war wehleidig. Er wußte selbst nicht, was es eigentlich war.

Septimus unterdrückte ihn.

„Starke Erkältung. Geröteter Nacken. Das Fieber ist hoch, hat aber weiter nichts auf sich. Warme Umschläge um

den Hals und 8 Tage im Bett bleiben. Wenn Sie vorher aufstehen, können Sie sich den Tod holen.“

Carlsen, der etwas ängstlich war, erschraf bei dem bloßen Gedanken. Er sollte wohl liegen bleiben.

Septimus grüßte kurz und verschwand.

„Glauben Sie wirklich, daß das Fieber eine ganze Woche anhalten wird?“ fragte die Frau, als sie wieder im Wohnzimmer standen.

„Gott behahre! Aber dann kauft er wenigstens nicht in dieser Zeit. Derartige Galunken packe ich immer ins Bett. Guten Abend!“

Frau Carlsen geleitete ihn bis auf die Straße hinunter.

„Handst du nicht, daß Septimus so merkwürdig war?“ fragte Carlsen, als sie wieder nach oben gekommen war.

„Ich habe nichts Besonderes bemerkt.“

„Er war sonst immer viel freundlicher zu mir.“ sagte Carlsen.

„Das ist wohl nur Zufall gewesen.“

„Du sollst hier nicht in dem kalten Schlafzimmer bleiben. Setze dich in die Wohnstube hinein. Wenn ich etwas brauche, kann ich dich rufen.“

„Das will ich auch.“

Frau Carlsen war so ungewöhnlich leicht. Sie ging mit belebten Schritten durch die Wohnstube. Es war, als ob sie neue Hoffnung schöpfen dürfe. Carlsen hatte sich ihr gegenüber zum erstenmal ausgesprochen. In der Dämmerung hatte er in ihren Schoß hineingewirrt. Er war verzweifelt gewesen, es sei etwas Schlechtes über ihn gekommen, hatte er gelacht, er hatte um Verzeihung gebeten, sie hatte ihm den Kopf gehalten und hatte ihm über die Haare gestrichen wie einem kranken Kinde. Es war gut, daß sie selber nie etwas gesagt hatte, es war viel besser, daß er nun von selbst gekommen war. Sie setzte sich an den Tisch und nahm eine Arbeit vor. Wie lange war es her, daß sie so geessen hatte? Carlsen war im Bett, er lag im Bett, er trank nicht, sie hatte seinen Kopf gehalten und war lieb und gut gewesen. Ihr kleines Mädchen kam bald von einem Besuch heim, sie konnte sie mit offenem Herzen empfangen; sie hatte ja nichts zu verberaen und zu bemä-

Die Opposition... Agrarischer... Arbeiter...

durch... Sonntag... Parteiländer...

gegen dem... eigene... bote" be...

dem Wahl... der... zugehör...

die... werden... gelobt...

die... unter... diesen...

dem... Woche... im Wohn...

die... nicht... in... Bett...

hinunter... war... mar... Nacht...

partei, welche in geradezu skandalöser (!) Weise den Proporz erzwingen möchten. Die Proporzfrage unter diesem Titel hat die Kammer noch nie beschäftigt. Wenn jemand für den Proporz noch so sehr eingenommen ist, den von den Großblödparteien so stürmisch verlangten aber ablehnt, so kommt er damit mit sich selbst keineswegs in Widerspruch und Gegensatz. (!) Im Gegenteil: je mehr er unter den allein richtigen, nämlich rein sachlichen Gesichtspunkten für den Proporz ist, desto mehr muß der von ihm und Genossen verlangte Proporz ihm Bedenken einflößen. Sollte also die Proporzfrage die Kammer beschäftigen und das Zentrum eine ablehnende Haltung bekunden, so könnte ihm mit Grund nicht nachgesagt werden, daß es eine Schwächung in dieser Frage vollzogen habe."

Der "Litel", unter welchem die Großblödparteien den Proporz erstreben, ist auf dem künftigen Landtag kein anderer, als auf dem letzten Landtag, wo die Zentrumskommision einmütig dem bezüglichen Antrag zustimmte. Geändert hat sich nur die Haltung des Zentrums, welches die Einführung des Proporz jetzt, wo es ernst damit werden soll, zu verhindern trachtet, und zwar aus rein parteigegensätzlichen Gründen. Das Zentrum lehnt nicht deshalb den Proporz ab, weil er den Nationalliberalen aus ihren Nöten helfen soll, sondern weil das Zentrum unter der Herrschaft der Proportionalwahl in Baden nicht an das Ziel seiner Wünsche kommen kann. Alles was jetzt in der Zentrumsprelle zur Verteidigung der ablehnenden Haltung des Zentrums vorgebracht wird, sind jesuitische Spiegelfechtereien. Wenn es ernst ist mit der Einführung der Proportionalwahl und wer in solchen Fragen politische Grundsätze vertritt, der stößt sich nicht an die Motiven einer andern Partei für ihre Haltung in solchen Fragen. Das Zentrum macht in Preußen genau das selbe, was es in Baden den Nationalliberalen gegenüber als "skandalös" bezeichnet, es will jetzt in Preußen mit den Nationalliberalen zusammen ein Wahlrecht einführen, um eine Linkenmehrheit unmöglich zu machen.

Wenn Herr Wader glaubt, mit einer solchen Schindluderpolitik seiner Partei zu nützen, dürfte er sich doch täuschen. So trottelhaft politisch dumm ist das badische Volk nicht, als daß es dieses jesuitische Manöver, welches jetzt das Zentrum in der Proporzfrage aufspielt, nicht gründlich durchschaute.

Randidatenwechsel.

In einer Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei des 71. Wahlkreises Adelsheim-Borberg wurde Strafenmeister Dengel-Borberg einstimmig als Kandidat aufgestellt. Der Wahlkreis war bisher durch Ratsschreiber Reiser-Sindolsheim nationalliberal vertreten. Reiser hat aber die Wiederannahme einer Kandidatur aus familiären Gründen abgelehnt.

Von den badischen Staatsbahnen.

Auf den badischen Staatsbahnen waren bis Ende des Jahres 1912 628 (1911: 624) Kilometer zweigleisiger Bahnstrecken mit elektrischer Streckenblondung und zwar mit 213 (1911: 213) Blockstellen und 323 (1911: 323) Streckenblondapparaten ausgerüstet. Die Streckenblondung ist in der vierfeldrigen Form ausgeführt und zwar derart, daß der Zug einen an der hinteren Schiene angebrachten Kontakt überfahren muß, bevor es möglich ist, einem nachfolgenden Zug das Signal zur Einfahrt in diesen Streckenabschnitt zu geben. Die Ausfahrtsignale der mit Stationsblondung versehenen Bahnhöfe sind mit Galtstalleinrichtungen der Signalfügel versehen, welche beim Befahren eines Schienenkontakts in Wirksamkeit treten und dadurch verhindern, daß der Signalfügel versehentlich in der Fahrtrichtung verbleibt und daraufhin ein zweiter Zug ausfahren kann, bevor der vorausgehende Zug sicher gedeckt (d. h. den Streckenabschnitt verlassen hat) und durch die nächste Zugfolgestelle auf den Streckenblock zurückgemeldet ist.

Aus der Partei.

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes der württembergischen Landesorganisation

An die Landesversammlung, die nächsten Samstag und Sonntag in Stuttgart stattfindet, bedeutet ein großes Stück Arbeit. In die neunmonatige Berichtsperiode fielen die Landtagswahlen. Der Bericht skizziert den Verlauf und hebt dabei hervor, daß die Differenzen in der württembergischen Parteioorganisation von den Gegnern weidlich ausgeglichen wurden. Der Erfolg kann denn auch nicht voll befriedigen, besonders nicht hinsichtlich der gewonnenen Mandate. Bei den Landesproporzwahlen zeigte sich eine sehr schwache Beteiligung. 24 000 sozialdemokratische Wähler gingen weniger zur Wahl als vier Wochen zuvor bei den Bezirkswahlen. Gäßen sämtliche Wähler vom

tehn. Auch Septimus war heute fröhlicher gewesen. Die Wanduhr tickte wie früher. Ein Friede rann durch ihre Seele, den sie lange vergessen hatte. Auf einmal war es ihr, als stünde Weisnachten vor der Tür, als kämen die heimlichen Abende wieder, an denen sie in Eintracht beieinander gesessen hatten. So reich und schön war es nur in dieser Zeit. Eine so festliche Stimmung kannte das Herz nur in diesen Tagen. Und eine große Stimmung der Verheißung kam über sie. Sie war wieder in ihrem Reich. (Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Naturtheater Dettingheim. Das Dettingheimer Lustspiel hatte auch am letzten Sonntag günstiges Spielverweh. Trozdem aus dem Oberland und sogar aus dem nahen Baden-Baden Regen gemeldet wurde, blieb der Spielort bis abends gegen 8 Uhr vom Unwetter verschont. Die tüchtigen Betreuer machten dem Spiel auch wenig Abtrag, denn bald füllten wieder 4000 Spielbesucher den großen Zuschauerraum, so daß wieder Sunde mit Stehpunkten vorlieb nehmen mußten. Neben den regelmäßig verkehrenden Zügen brachten auch zwei Sonderzüge aus Bretten und Lahe allein gegen tausend Besucher. Erfreulicherweise sind die besten Plätze allsonntäglich auch von Ausländern gut besetzt, unter denen besonders die Engländer vorherrschen, was sicherlich auf gute Weiterempfehlung in diesen Kreisen zurückzuführen ist. Die Darsteller wurden wie immer durch reiche Beifallstürme ausgezeichnet. Besondere Beliebtheit dürfte sich auch der erste Mittwochspieltag am 6. August zu erfreuen haben, wofür die Vorausbestellung von Plätzen schon recht regte ist.

ersten Wahlgang allein in Stuttgart ihr Wahlrecht wieder ausgeübt, so hätte das genügt, uns ein weiteres Mandat zu sichern. Auch im südlichen Landestwahlkreis entging uns ein Mandat durch flache Abstimmung. Der Landesvorstand macht für die Arbeit der Wähler zum erheblichen Teil das umständliche Wahlverfahren mit seinen drei Wahlgängen verantwortlich und fordert die Wahl aller Abgeordneten durch den Proporz an einem Wahltage, der natürlich ein Sonntag sein soll. Ein Antrag in diesem Sinne wurde von unserer Fraktion im Landtag bereits gestellt, kam aber noch nicht zur Behandlung. Bei einem solchen Wahlverfahren würde die Sozialdemokratie zu der ihr gebührenden Vertretung gelangen, während sie heute um neun Mandate betrogen ist.

Wie früher, so begegnen unsere Genossen bei der Agitation in den finsternen Gebieten des Zentrums und des Bauernbundes großen Schwierigkeiten. Der Terrorismus nimmt dort Formen an, bei denen unsere die Parteiarbeit ausführenden Genossen ihres Lebens nicht sicher sind. Die Lokalabteilung nahm besonders im schwarzen Oberland größeren Umfang an, als bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen. Am 17. Reichstagswahltag standen unseren Kandidaten in 148 Orten ganze sechs Lokale zur Verfügung. Mancher Wirt erklärte offen, nur die dauernde Schädigung durch das Zentrum hindere ihn an der Vergabe seines Lokals. Trozdem wurden im Gebiet des oberländischen Parteisekretariats 83 Wahlversammlungen und 118 sonstige Agitationsversammlungen abgehalten. Unsere Stimmzahl stieg um 681. Das oberländische Sekretariat hat sich gut bewährt. Auch die Bezirkspresse hat im Wahlkampf treffliche Dienste geleistet.

Die Organisation hat trotz der wachsenden wirtschaftlichen Unsicherheit gute Fortschritte gemacht, wenn sie auch das Maß des Vorjahres nicht erreichte. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 357 auf 377, die Zahl der männlichen Mitglieder von 38 843 auf 36 104, die der weiblichen von 2884 auf 3208. Im ganzen ist also eine Zunahme um 2676 Mitglieder zu verzeichnen. Nur in 6 von den 84 Oberämtern fehlt es noch an einer Parteioorganisation. Der Mitgliederzuwachs verteilt sich fast gleichmäßig auf das ganze Land, nur ein schwach entvölkertes Wahlkreis hat einen keinen Verlust aufzuweisen.

Auch die Bildungsarbeit wurde gepflegt. Im Besitz von Bibliotheken befinden sich 233 Ortsvereine. Der Beschluß der vorjährigen Landesversammlung, einen weiblichen Sekretär anzustellen, konnte wegen Mangel an Mitteln noch nicht verwirklicht werden.

Die Landesliste war durch die Häufung der Wahlen sehr stark in Anspruch genommen. Der genaue Kassenbericht liegt noch nicht vor, das aber wird mitgeteilt, daß die Zentralkasse um finanzielle Hilfe angegangen werden mußte. Sämtliche Wahlkreise erhielten Zuschüsse aus der Landesliste und nur der zweite Wahlkreis war in der Lage, die empfangene Unterstützung vollständig zurückzuerstatten.

Die Bürgerwahlen vom Dezember 1912 brachten eine Vermehrung unserer Gemeindevertreter von 443 auf 521.

Eine wichtige Frage ist durch einen Beschluß der letzten Landesversammlung aufgeworfen worden: die Zugehörigkeit von Parteigenossen zur deutschen Turnerschaft. Eine Erhebung des Landesvorstandes hat ergeben, daß in 191 Orten zusammen 1815 Parteimitglieder der deutschen Turnerschaft angehören. In einem Teil dieser Orte besteht kein Arbeiterturnverein. Für den Ausschluß der Parteimitglieder, die nicht der deutschen Turnerschaft den Rücken kehren, erklärten sich 92 Ortsvereine, gegen den Ausschluß 153 Ortsvereine. Den Erklärungen der letzteren Vereine sind zum Teil interessante Begründungen beigegeben. Mehrfach wird versichert, der Ortsverein der deutschen Turnerschaft halte sich von allen patriotischen Kundgebungen fern und seine Mitglieder nähmen an der Wahlarbeit für unsere Partei regen Anteil. Verschiedene Ortsvereine erklären, der Ausschluß der deutschen Turner wäre gleichbedeutend mit der Auflösung der Partei am Ort. Ein Verein erklärt sich „unter keinen Umständen für den Ausschluß, denn wir wollen recht viele deutsche Turner für die Partei gewinnen“. Generell wird sich deshalb die Frage nicht entscheiden lassen. Eine Komplikation ist noch dadurch eingetreten, daß sich vor kurzem etwa 40 Ortsvereine der deutschen Turnerschaft zu einem neutralen Verband vereinigt haben, weil sie mit dem korporativen Anschluß an den Jungdeutschlandbund nicht einverstanden waren.

Einen günstigen Eindruck macht der allgemeine Geschäftsbericht der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht“. Der ziffermäßige Abschluß liegt noch nicht vor. Die Preisporgane der Partei haben einen nennenswerten Dokumentenerfolg gegenüber dem Vorjahre nicht erzielt. Das „Nedar-Echo“ hat sich aus eigener Kraft finanziell sichergestellt und konnte daher einen zweiten Redakteur anstellen. In den geschäftlichen Verhältnissen des Göttinger Unternehmens ist eine dauernde Besserung eingetreten. — Der „Tagwacht-Kalender“ findet immer weitere Verbreitung. Im letzten Jahre wurden 45 000 Exemplare verkauft.

Dem Bericht des Landesvorstandes ist der der Preßkommission der „Schwäb. Tagw.“ angeschlossen, der in umfangreicher Weise über zahlreiche Zuständigkeitskonflikte zwischen Preßkommission und Landesvorstand berichtet und von der Landesversammlung eine klare Entscheidung über die Befugnisse der Preßkommission verlangt. Der Landesvorstand erklärt, er wolle die Antwort auf die Darstellung der Preßkommission auf der Landesversammlung geben.

Samst. Sonntag nachmittags 3 Uhr findet eine Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit der Säger und Riffenmacher von Ros Söhne in Rehl. Seit 9 Wochen sehen nun bereits die Säger und Riffenmacher der Firma Ros Söhne im Streit und noch ist nicht abzusehen, wann es zu einer Einigung kommen wird. Die Unternehmer wollen die niederen Löhne der Arbeiter, die sich zwischen 16 und 38 Pf. Stundelohn bewegen, nicht aufbessern, sondern glauben, daß sie noch viel zu hohe Löhne bezahlen. Die Verhandlungen, die der Bürgermeister von Rehl in der vorigen Woche einleitete, scheiterten an dem niederen Angebot, das gemacht wurde. Man schlug vor, jetzt statt 11 Stunden nur 10 1/2 zu arbeiten zum gleichen Lohn wie bisher, also Lohnausgleich, 1 Pf. Stundenlohn mehr bezahlt werden, das man sich nach einem Streit von 8 Wochen nicht auf etwas einläßt, ist klar. Die Firma ist mit allen Mitteln bemüht, Streikbrecher heranzuziehen, was ihr aber bis jetzt nicht gelungen ist. So sind die Herren eben gezwungen, mitzuarbeiten und wie sie selbst die Streikbrecher behandeln, zeigt am besten, daß dieselben, nachdem sie drei bis vier Tage gearbeitet haben, alle wieder fortlaufen. Die Streikenden sind noch guten Mutes, da die Streikunterstützung, die sie vom Deutschen Holzarbeiterverband erhalten, fast so hoch ist, wie die Löhne, die Ros Söhne bezahlen. Nun werden auch die besten Kräfte so langsam anderweitig um Arbeit umschauen und dadurch der Firma die besten Arbeiter verloren gehen. Auch die Kundtschaft hat sich verlaufen, der Schaden ist daher größer, als wenn man den Arbeitern die 5 Pf. bewilligt hätte.

Zum Hamburger Werftarbeiterstreik. Ueber die eigentliche Veranlassung des frühzeitigen Streiks berichtet ein Vertrauens-

mann der Werftarbeiter von Blohm u. Wof einige interessante Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß willkürliche Lohnabzüge im Afford besonders die Rieter unzufrieden gemacht haben. Die Rieter wählten Anfang Juni eine Kommission, die bei der Direktion um Abstellung der Uebelstände nachsuchen sollte. Herr Blohm war jedoch den Wünschen der Rieter nicht zugänglich. Die Erregung unter den Arbeitern war groß und wurde noch gesteigert, als am Montag morgen der Weg zur Werk von 15 Schulreuten beschl. war. Jeder fragte sich, was das zu bedeuten habe. Zu dieser Erregung kam die Entlassung einiger Vertrauensleute, die sich bemühten, die Leute zu beruhigen. Wahrscheinlich wollte die Werksleitung diese Beruhigung nicht, weil sie sich schon auf den Kampf vorbereitet hatte. Diese Entlassung der Vertrauensleute war die letzte Ursache, um den Streit per se zu lassen.

Auf der Vulkanwerft erstrebten die Schiffbauer seit längerer Zeit die Regelung der Affordlöhne. Als der „Imperator“ noch nicht fertig war, versprach die Werksleitung, die Affordlöhne zu regeln, sobald der „Imperator“ rechtzeitig fertig werden würde. Der „Imperator“ wurde auch rechtzeitig fertig, aber die Regelung der Affordlöhne zeigte sich in einer Verschlechterung der Lohnsätze. Inzwischen wurden auf der Vulkanwerft die Verhandlungen fortgeführt, aber es kam dabei nichts für die Arbeiter heraus und während in der Zeit solcher Verhandlungen sonst ein Waffenstillstand herrscht, provozierte die Leitung der Vulkanwerft die Werftarbeiter durch Entlassung von Arbeitern und andere Verteilung der Arbeiten noch mehr. Montag morgen kam dann ein Trupp Geleider, die in die verschiedenen Betriebe verteilt wurden. Alles das steigerte die Erregung der Arbeiter und als am Montag vormittag die Arbeitseinstellung bei Blohm u. Wof auf der Vulkanwerft bekannt wurde, schlossen sich diese Arbeiter dem Streik an. Bei der Lohnzahlung am Samstag ist die Firma Blohm u. Wof in gleicher Weise aggressiv gegen die Arbeiter vorgegangen. Sie hat den Arbeitern wegen der plötzlichen Arbeitseinstellung 2 Pf. vom Lohn als Strafgeld abgezogen. Auf Proteste der Arbeiter hiergegen erklärte sie, sie sei nach der Arbeitsordnung hierzu berechtigt.

Ein Streikbrecher-Logiererschiff ist bereits bei einem Tod festgemacht worden. Das Schiff ist von der Firma auf vier Wochen verchartert, die Werk von Blohm u. Wof scheint sich also auf einen längeren Streik schon einzurichten. In den Kuchentenen der Hafengegend sind bereits Werber auf der Suche nach Arbeitswilligen in Tätigkeit.

Nach den Meldungen der Zeitungen der freien Gewerkschaften streifen 8633 Metallarbeiter, 850 Holzarbeiter, 850 Transportarbeiter, 660 Fabrikarbeiter und 300 Maschinisten und Geizer. Die Zahl der Streikenden von der Kirch-Dundersden Gewerkschaft ist uns nicht bekannt; es dürften aber somit im Höchstfalle 14 000 Arbeiter streiken.

* Streikstimmung im Stettiner Freihafen. Seit zwei Jahren unterbreiten die städtischen Arbeiter des Stettiner Freihafens und des Dünzig-Kanals der Stadtverwaltung ihre auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse und einer Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Wünsche, ohne bisher ein Entgegenkommen beim Magistrat zu finden. Jetzt treten sie direkt in Verhandlungen mit dem Magistrat ein. Die erste Verhandlung des Arbeiterausschusses mit den Vertretern der Stadtverwaltung machte die Stadtverwaltung zunächst mit den Wünschen der Arbeiter vertraut. Mit den Argumenten, mit denen die Vertreter der Stadt die Arbeiterforderungen ablehnen wollen, konnten sich die Arbeitervertreter unmöglich zufrieden geben. Als die Kommission in den einzelnen Betriebsversammlungen Bericht erstattete und sagen mußte, es sei kein Geld vorhanden zur Befriedigung der doch so gerechten Wünsche, bemächtigte sich der Arbeiter eine große Erregung.

Eine Betriebsversammlung der Kranführer, Handwerker und Schuppenarbeiter am Sonntag, den 20. Juli, die von über 300 städtischen Hafenarbeitern besucht war, beschloß, in gemeinsamer Abstimmung mit allen gegen 8 Stimmen, daß, falls die Stadtverwaltung auf ihrem jetzigen Standpunkt stehen bleibe, die Arbeiter zum letzten Mittel, zur Arbeitsniederlegung, greifen müßten. Auch die anwesenden Frauen der Arbeiter stimmten dem zu, können sie doch mit dem jetzigen Entkommen des Mannes unmöglich auskommen. Die in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen der Hilfsarbeiter am Freihafen und der sonstigen städtischen Betriebe werden zu dieser Angelegenheit ebenfalls Stellung nehmen.

* Tarifverhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe. Der Tarif für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker läuft am 31. Dezember ds. Js. ab. Die im Verbands der Lithographen und Steinrunder organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker haben sich auf zwei Konferenzen, zuerst am 15. Juli in Berlin, mit dem Ablauf des Tarifes bezw. mit Änderungsanträgen zu diesem befaßt und die Anträge Ende Juni beim Tarifamt eingereicht. Da auch von Unternehmerseite Anträge auf Abänderung des Tarifes gestellt worden sind, aber eine Kündigung des Vertrages von keiner Seite vorliegt, finden am 4. August ds. Js. in Berlin die Verhandlungen des Tarifausschusses zur Beratung der vorliegenden Anträge statt.

* Schlechte Erfahrungen mit „Hinkelriedern“ hat, wie schon mancher Unternehmer, so auch die Firma N. S. Kern u. Söhne (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) in Schwiebus gemacht. Bei der genannten Firma streifen, wie wir bereits berichtet haben, die Metallarbeiter seit dem 2. Juli. Die Firma, die nach den alten Vertragsbestimmungen verpflichtet war, bei Ablauf des alten Vertrages auf neue Verhandlungen vor dem Einigungsamt einzugehen, lehnte jede Verhandlung mit den in Betracht kommenden Organisationen ab. Die Firma hatte sich eine Kolonne Hinkelriedern engagiert, um mit ihnen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wie überall, so hatte sich auch die Firma Kern u. Söhne verpflichtet, diesen Leuten neben hohem Lohn gute Verpflegung zu geben. Neben freiem Logis, Frühstück, Mittag und Abendessen durfte es an Schnaps, Bier, Zigaretten und Zigarren nicht fehlen. Das alle gelieferten Waren in erster Qualität geliefert werden müssen, ist der Firma Kern von den Streikbrechern recht deutlich gemacht worden. An Arbeiten hat diese Gesellschaft nicht gedacht und was an Arbeit geleistet worden ist, war nicht zu gebrauchen. Die Firma hat sich, nachdem sie eine Woche Bekanntheit mit dieser Sorte Streikbrecher gemacht hatte, zu Verhandlungen mit den Organisationen bereit erklärt. Bei den Verhandlungen hat die Firma selbst erklärt: „Wir wollen mit dieser Gesellschaft nichts mehr zu tun haben, uns eckelt es an, wenn wir sie sehen.“ Es müssen also schlimme Erfahrungen gewesen sein, die die Firma mit diesen Leuten gemacht hat. Nach 12wöchentlicher Dauer ist der Streik zugunsten der Streikenden beendet. Die Streikbrecher haben Schwiebus verlassen müssen. Die Sperre über den Betrieb ist aufgehoben.

* Auch ein Streikprozess. Der Geheimpolitist A. in Crefeld hatte einen Arbeiter mit seinem Spazierstock in den Rücken gestoßen, ihn am Kragen gepackt, ihn mit seinem Stode bedroht und nicht verließ, daß der von ihm geführte Polizeibund dem Arbeiter den Ueberzieher zerriß. Weiter beleidigte und bedrohte der Politist noch zwei friedlich in ihrem Vorgarten stehende über 60 Jahre alte Leute. Anstatt daß die Staatsanwaltschaft gegen den Politisten einschritt, schickte die Polizei dem angegriffenen Arbeiter ein Strafmandat über 8 M. Die Staatsanwaltschaft aber erhob Anklage wegen Verleumdung gegen den verantwortlichen Rebatteur der „Niederrheinischen Volkstribüne“ in Crefeld, die scharfe Kritik geübt hatte an dem Vor-

gehen des Beamten. Der angegriffene Arbeiter erhob gegen den Strafbefehl Einspruch; er wurde freigesprochen und die Staatskasse mußte die Kosten zahlen. Der angeklagte Redakteur, Genosse Freudenthal, mußte sich am 14. Juli vor der Kreisrichter Straßmann verantworten. Durch Zeugenaussagen wurde einwandfrei festgestellt, daß die Schilderung der „Niederheinischen Volkstribüne“ mit der Wahrheit übereinstimmte. Das Gericht erklärte das im Urteilspruch an und verurteilte das Verhalten des Polizisten. Der Staatsanwalt wollte in Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten ihn zu einem Monat Gefängnis verurteilen. Demgegenüber sprach das Gericht aus, daß die Vorstrafen nicht in Frage kommen können, zumal sozialdemokratische Redakteure an exponierter Stelle stünden. Wenn auch die strafrechtliche Form der Beleidigung durch die Erregung über das Verhalten des Beamten erklärlich sei, so ginge doch aus ihr die Absicht der Beleidigung hervor, da der Beamte als „Nahrung“ und als „Polizeimensch“ bezeichnet worden sei. Der Angeklagte sei deshalb, wenn ihm auch der Schutz des § 183 S.L.G. in vollem Umfange zur Seite stehe, zu einer niedrigen Geldstrafe zu verurteilen und zwar zu 10 M.

Kommunalpolitik.

n. Bürgerausschüßung in Bretten. In der auf Freitag 18. ds. Mts., abends 5 Uhr anberaumten Bürgerausschüßung waren 11 Punkte zu erledigen. Punkt 1: Verkauf der vormals Friedrichschen Scheuer zum Preise von 2200 M. an H. Jakob Menanz wurde ohne Debatte durch einstimmige Annahme erledigt. Punkt 2: „Erlaßung einer Arbeitsordnung für die Stadtarbeiter“ wurde nach lebhafter Debatte mit unbedingten Änderungen bei 8 Stimmhaltungen angenommen. Obwohl diese Arbeitsordnung wesentliche Vorteile und Vergünstigungen für die städtischen Arbeiter gegenüber dem bisherigen Zustand bringt, war es doch notwendig, an der Haltung des Gemeinderats in dieser Angelegenheit Kritik zu üben. Trotzdem im Frühjahr nämlich bei Beratung des Gehaltsplans der städtischen Beamten und Bediensteten eine Lohnordnung für die städtischen Arbeiter in Aussicht gestellt worden war, konnte sich nun der Gemeinderat zur Vorlage einer solchen nicht entschließen. Sehr richtig kennzeichnete unser Redner Gen. G. L. L. a. r. d. o. n dieses Verhalten, indem er darauf hinwies, daß für die Arbeiter, wenn es zum Treffen kommt, immer nichts weiter übrig bleibt wie großes Wohlwollen und ein warmes Herz, wonach die Arbeiter aber leider nicht leben könnten, sonst würden sie wohl schon längst in Ueberfluß schwimmen. Auch der Redner der fortschrittlichen Fraktion kritisierte die Nichterbringung einer Lohnordnung in schärfster Weise. Die nationalliberale Fraktion brachte ihr „Wohlwollen für die Arbeiter dadurch zum Ausdruck, daß sie einen Antrag einbrachte, welcher verlangt, daß Arbeiten, die über 300 M. betragen, nicht mehr in städtischer Regie ausgeführt werden dürfen. Der Antrag sieht im Gemeinderat zur Beratung. Wird er angenommen, dann kann die Stadt ihre Arbeiter entlassen; denn dann wird wohl nichts mehr übrig bleiben wie das Strafenlehren. Punkt 3: „Erlaßung einer Strombezugsordnung“ und Punkt 4: „Einführung der Fernheizung für Zwecke der öffentlichen Beleuchtung“ wurden ohne Debatte genehmigt. Punkt 5: „Abgabe von Gas durch Automaten“ wurde mit dem Antrag der Bürgervereine, daß der Gasstellenhalter für mindestens 10 M. Gas pro Jahr abzunehmen hat, nach unbedeutender Debatte angenommen. Punkt 6: „Verlängerung der Gasleitung bis zu dem Ortsteil Rehhütte“, Punkt 7: „Einlegung der Gas- und Wasserleitung in den Verbindungsweg zwischen Talstraße und der nördlich derselben gelegenen Parallelstraße“, Punkt 8: „Einlegung der Wasserleitung in den oberen Teil der Apothelergasse“, Punkt 9: „Bevilligung eines Unterstützungsgebälts für Waldhüter Schob“, Punkt 10: „Erwerbung und Veräußerung von Grundstücksparzellen“ und schließlich Punkt 11: „Verkundigung der 1918er städtischen Rechnungen“ wurden ohne Debatte angenommen. Trotz der reichhaltigen Tagesordnung dauerte die Sitzung knapp zwei Stunden. Besonders der letzte Punkt wurde im Galopp erledigt.

Im Anschluß hieran möchten wir, da in letzter Zeit viele Straßenbauten vorgenommen werden, anfragen, wann das alte Bittumsberg, Projekt, Verbindung der Sporgasse mit dem Engelsberg, zur Ausführung gelangen soll?

Bei der Bürgermeisterwahl in Rohrbach bei Heidelberg wurde Betriebssekretär Vitter mit 42 Stimmen gewählt, während der bisherige Bürgermeister Kalljmidt 21 Stimmen erhielt. Der neue Bürgermeister dürfte der letzte Ortsvorstand der Gemeinde Rohrbach sein, deren Selbstständigkeit infolge der kommenden Eingemeindung mit Heidelberg nur noch eine Frage der Zeit ist.

Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer an den Gewerbegerichten Badens.

Betreffs der Zulassung der städtischen Arbeiter zu den Gewerbegerichtswahlen berichtet Blase-Mannheim, daß eine von Mannheim ausgegangene Umfrage ergeben habe, daß eine einheitliche Auffassung in dieser Frage nicht bestehe. In einer Reihe von Städten, wie Leipzig, Herne, Hagen usw. würden sämtliche städt. Arbeiter zugelassen. Es sei zu verlangen, daß die städtischen Arbeiter überall zugelassen werden. Der gleiche Wunsch wird in Bezug auf die Staatsarbeiter zum Ausdruck gebracht. Aber gerade in dieser Beziehung habe die neuere Auslegung der Gewerbeordnung einen Rückschritt gebracht, indem man die Frage der Kompetenz der Gewerbegerichte für Staatsbetriebe verneine. Ausdrücklich wurde auf die den städtischen und staatlichen Arbeitern aus einer solchen Auslegung drohenden Gefahren hingewiesen, nicht nur das Wahlrecht zum Gewerbegericht, sondern das Koalitionsrecht dieser Arbeiterschichten werde damit in Frage gestellt, aber auch das Versicherungsverhältnis komme dabei in Betracht, ebenso eine Reihe von zum Schutze der Arbeiter geschaffenen gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. das Truderverbot usw.

Von einer Seite wurde die Frage aufgeworfen, ob die in der Schweiz wohnenden reichsdeutschen Arbeiter das Wahlrecht zum Gewerbegericht in Lörrach haben, wenn sie in Lörrach arbeiten. Es wurde empfohlen, eine Entscheidung darüber herbeizuführen. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß an dem Wahlrecht dieser Arbeiter nicht gezweifelt werden könne und daß in dem Ortsstatut des Gewerbegerichts Singen das bereits festgelegt sei.

Eine andere Frage ist die, ob das Gewerbegericht auch für die Erledigung von Streitigkeiten aller derjenigen Arbeiter zuständig ist, welche das Wahlrecht zum Gewerbegericht haben. Es wurde dann folgender Antrag angenommen:

„Die heutige Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer der Gewerbegerichte Badens beauftragt die händigen Ausschüsse, dahin zu wirken, daß sämtliche städtischen Arbeiter als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung zu gelten haben.“

Es trat nun eine Mittagspause ein, nach deren Beendigung auf Antrag der Mannheimer Delegierten beschlossen wurde, daß die Frage der Abschaffung der Invalidentarife als Arbeitslegitimation auf dem Leipziger Gewerbegerichtstage bzw. der Dortmunder Konferenz zur Behandlung gebracht werden solle.

Ueber den Gewerbegerichtstag in Leipzig referierte Arbeitersekretär Dietrich-Pforzheim. Referent besprach die Rechtsprechung der Gewerbegerichte, insbesondere auch die sogen. Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Gerade nach dieser Richtung sei eine Aenderung der Rechtsprechung eingetreten, welche der tarifliche Regelung des Arbeitsvertrags ungünstig sei. Eine andere Auslegung des § 122 (Kündigung) der Gewerbeordnung sei ebenfalls zu wünschen. Der Hinweis auf die Ortsüblichkeit sei in vielen Fällen nachteilig für die Arbeiter. Was die vielen Vergleiche anbelangt, so müsse auf die Arbeiterschaft erzieherisch eingewirkt werden, damit diese sich auf ihr nachteilige Vergleiche nicht einlasse. Wegen tarifwidrig handelnde Unternehmer sollte mit Schadenersatzklagen vorgegangen werden. Wichtig sei die Feststellung der Ortsgebräuche im Interesse einer einheitlicheren Rechtsprechung. In Pforzheim sei man dazu übergegangen, für die Entscheidung wichtiger Fragen Rechtsgrundsätze zu schaffen. Das sollte auch anderwärts geschehen und die Rechtsansprüche sollten gesammelt und ihre Kenntnis durch die Literatur verbreitet werden. In der Frage der Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Oft sei eine Vertretung nicht notwendig, aber wo einmal die Notwendigkeit vorhanden sei, solle man sie nicht unmöglich machen.

Der Referent wies dann noch hin auf die auf dem Gewerbegerichtstage zur Behandlung kommende Sicherung der Lohnforderungen und die Erhöhung der unpfändbaren Lohnsummen.

Arbeitersekretär Thomas-Heidelberg sprach über den Grundgedanken eines einheitlichen Arbeitsrechts. Er geht davon aus, daß Rechtsnormen nichts anderes sein sollen, als die Darstellung und Formulierung bestehender sozialer Verhältnisse. Redner bespricht die auf dem Gebiete des Arbeitsrechts erscheinende Literatur, deren Studium er wärmstens empfiehlt. Es sei notwendig, durch die Ausgestaltung unserer Arbeiterrechtsvorschriften die Führung des Arbeitsrechts zu übernehmen, um so die Erzeugnisse der Arbeiterorganisationen in der Gesetzgebung festzuhalten. Wenn einmal eine andere Methode bei der Rechtsauffassung platzgreife, werden wir auch bald ein anderes und besonders ein einheitlicheres Recht haben. An Stelle des jetzigen zersplitterten Rechts müsse ein einheitliches Arbeitsrecht unter besonderer Gerichtsbarkeit und besonderem Prozessrecht geschaffen werden. Unser heutiges formales Recht stehe dem Tarifvertrag entgegen, letzterer hänge ab von der Auffassung des Richters. Redner hofft, daß auf dem nächsten Gewerbegerichtstage gute Arbeit auf diesem Gebiete geleistet werde.

Eine Diskussion über die beiden Referate wurde nicht bestritten.

Arbeitersekretär Thomas referierte dann noch über die Stellung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Gewerbeordnung. Redner gab eine übersichtliche Darstellung der auf diesem Gebiete vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen. Ein näheres Eingehen auf dieses Referat ist im Rahmen dieses Berichts nicht möglich. Redner wies dann auf die im September in Bern stattfindende internationale Konferenz hin, welche sich auch mit Fragen des Jugendbeschutzes zu befassen haben wird. Eine Diskussion schloß sich auch an dieses Referat nicht an. Als Vorort wurde wiederum Karlsruhe bestimmt. Die Wahl des Tagungsortes der nächsten Konferenz wurde der Vorortkommission überlassen.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz erschöpft und der Vorabend schloß dieselbe mit dem Wunsche, daß die geleistete Arbeit gute Früchte zeitigen möge.

Genossenschaftsbewegung.

Ein Riesentonsumverein. In verhältnismäßig kurzer Zeit haben sich eine Reihe großstädtischer Konsumvereine zu Unternehmungen mit Millionenumsätzen ausgemacht. Der Zusammenschluß mehrerer kleiner Vereine ergab gleiches Resultat. Obwohl also der Millionenkonsumverein im Zuge der Entwicklung liegt, erweist ein genossenschaftliches Gebilde mit einem Jahresumsatz von gut 27 Millionen Mark doch unser Erläuterer. Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist der Riese, der mit dem genannten Umsatz an die Spitze aller deutschen Konsumvereine tritt.

Der bisher größte deutsche Konsumverein, der Dresdener Konsumverein, der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht angehört, hatte am Ende des Jahres 1912 bei 97 864 Mitgliedern einen Umsatz von 25 758 587 M. Setzt man auch in Rechnung, daß die Leipziger Genossenschaft neben Nahrungsmitteln auch Wirtschaftsgegenstände und Kleidung an ihre Mitglieder veräußert, während der Breslauer Konsumverein sich nur auf Nahrungsmittel und Wirtschaftsgegenstände beschränkt, so ist doch der Mehrumsatz von 1 266 346 M., den der Konsumverein Leipzig-Plagwitz gegenüber dem Breslauer Konsumverein aufweist, deshalb von großer Bedeutung, weil Leipzig-Plagwitz ca. 40 000 Mitglieder weniger hat als der Breslauer Konsumverein.

Die erreichten 27 Millionen Mark bedeuten dabei nicht etwa einen Saltepunkt in der Entwicklung der Leipziger Genossenschaft. Die 56 000 Mitglieder stellen ja nur einen Bruchteil der organisationsfähigen Konsumenten Leipzigs dar. Die 27 Millionen Mark bedeuten lediglich die gesteigerte Möglichkeit zur Ausführung von Aufgaben, denen sich unsere Konsumvereine je eher desto lieber unterziehen. Unzweifelhaft werden auch bei dem Leipziger Riesentonsumverein die erreichten Erfolge zu neuen Taten anspornen.

Soziale Rundschau.

Auskunftsverteilung in Erfindungsangelegenheiten durch das Landesgewerbeamt. Verschiedene Anfragen geben dem Landesgewerbeamt Veranlassung, folgendes bekannt zu machen: Die berufenen Berater und Vertreter in Erfindungsangelegenheiten sind die in die Liste des Kaiserlichen Patentamts eingetragenen Patentanwälte. Unbemittelten in Baden ansässigen Personen kann jedoch durch das Landesgewerbeamt unentgeltlich Auskunft in Erfindungsangelegenheiten (Nachsuchung von Patent, Gebrauchsmustern, Warenzeichen, Geschäftsmodellen, Erledigung von Bescheiden des Patentamts, Verwertung von Erfindungen und dergleichen) erteilt werden. Es empfiehlt sich, wenn möglich, Auskünfte mündlich im Dienstgebäude des Landesgewerbeamts, Karls-Friedrichstraße 17, einzuholen. Zur Vermeidung von Fehlgängen infolge anderweitiger Inanspruchnahme der Beamten ist es zweckmäßig, sich rechtzeitig vorher schriftlich oder telefonisch beim Landesgewerbeamt anzumelden. Alle zur Klarstellung der Angelegenheit dienlichen Unterlagen sind dabei dem Landesgewerbeamt vorzulegen, insbesondere bei Nachsuchung von Patenten und Gebrauchsmustern eine Beschreibung der Erfindung sowie Skizzen oder Modelle. Eine vollständige, zur Abwendung fertiger Herstellung der zur Nachsuchung von Schutzrechten notwendigen Schriftstücke und Zeichnungen findet durch das Landesgewerbeamt nicht statt, dies ist, sofern die Erfindung nicht selbst dazu in der Lage sind, Sache der Patentanwälte. Um Erfindungen in weiteren Kreisen bekannt zu machen und deren Verwertung zu erleichtern, ist das Landesgewerbeamt bereit, in der Badischen Gewerbe- und Handwerkszeitung kurze Beschreibungen der Erfindungen zu veröffent-

lichen. Bedingung hierfür ist, daß die Erfindungen praktischen Wert besitzen, daß sie durch Patent- oder Gebrauchsmuster geschützt sind und daß der Erfinder in Baden ansässig ist. Die Entscheidung über die Veröffentlichung bleibt für den einzelnen Fall vorbehalten. Sofern in solchen Fällen zu Erläuterungen der Erfindung die Beigabe von Abbildungen erforderlich ist, behält sich das Landesgewerbeamt vor, die Kosten für die Klischees von den Erfindern zu erheben. Dem Erfinder steht es dann aber frei, sich von dem betreffenden Artikel Sonderabdrücke anfertigen zu lassen und diese als Prospekte zur Vererbung an Interessenten zu verwenden. Ferner können Modelle von Erfindungen auf einige Zeit in der Landesgewerbehalle zur Ausstellung gelangen.

Das Landesgewerbeamt verfenet auf Verlangen an Erfinder kostenlos Broschüren über die das 1. Patentrecht, 2. Gebrauchsmusterrecht, 3. Warenzeichenrecht regelnden Gesetze und Ausführungsbestimmungen, ferner 4. Liste der Patentanwälte, 5. Formulare zur Anmeldung von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen, 6. Broschüre „Warnung für Erfinder“, 7. Muster für einen Lizenzvertrag, 8. Broschüre „Prüfung der Schutzbefähigung an Erfindungen“.

Die politische Polizei des Kreises Necklinghausen hat es offenbar ganz besonders auf die proletarische Jugendbewegung abgesehen. In den letzten Tagen hat sie wieder sieben Jugendfreunde aus Gladbach auf die Anklagebank des dortigen Schöffengerichts gebracht. Dieser Anklage gingen etwa 60 Hausdurchsuchungen und polizeiliche Vernehmungen voraus. Nächste Woche ist eine Anzahl Jugendfreunde aus Necklinghausen an der Reihe, sich vor Gericht zu verantworten. Es handelt sich also um ein großes „Meinmachen“ in dem ganzen Kreis. Die Anklagen lauten übereinstimmend dahin, daß die Jugendfreunde es unterlassen haben, die Satzungen des — gar nicht bestehenden — Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der zuständigen Polizeibehörde einzureichen, ferner daß sie gebildet haben, daß Personen unter 18 Jahren an den politischen Vereinsversammlungen teilgenommen haben. Gegen die jugendlichen Angeklagten geht die Beschuldigung dahin, daß sie dem angeführten Verein angehört und sich an seinen Versammlungen beteiligt haben. Daß ein regelrechtes Vereinsleben existiere, das konnte auch durch die eidlidh vernommenen Kriminalbeamten nicht festgestellt werden. Selbstverständlich war auch kein Statut vorhanden; es kamen lediglich junge Leute in ihrer Eigenschaft als Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ mangels zusammen, um zu spielen, unpolitische Vorträge zu hören oder Ausflüge zu machen. Aus der Fragestellung des Vorsitzenden konnte man ohne weiteres entnehmen, wie er sich die Sache zu rechtgelegt hatte, sodas der Verteidiger eigentlich gegen den Vorsitzenden zu polemisieren hatte. Er stellte mit allem Nachdruck fest, daß ein Vereinsleben im Sinne des Gesetzes nicht bestanden hat, demnach auch das Gesetz nicht verletzt werden konnte. Das Gericht hielt es trotzdem für feststehend, daß die Form des Zusammenschlusses eine Umgehung des Vereinsgesetzes bedeutete und erkannte gegen den Angeklagten B. o. d. n. auf 30 M. und gegen zwei mitageklagte Jugendliche auf je 3 M. Geldstrafe; 4 Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Jugendbewegung.

Der polizeiliche Kampf gegen die Arbeiterjugend

Die politische Polizei des Kreises Necklinghausen hat es offenbar ganz besonders auf die proletarische Jugendbewegung abgesehen. In den letzten Tagen hat sie wieder sieben Jugendfreunde aus Gladbach auf die Anklagebank des dortigen Schöffengerichts gebracht. Dieser Anklage gingen etwa 60 Hausdurchsuchungen und polizeiliche Vernehmungen voraus. Nächste Woche ist eine Anzahl Jugendfreunde aus Necklinghausen an der Reihe, sich vor Gericht zu verantworten. Es handelt sich also um ein großes „Meinmachen“ in dem ganzen Kreis. Die Anklagen lauten übereinstimmend dahin, daß die Jugendfreunde es unterlassen haben, die Satzungen des — gar nicht bestehenden — Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der zuständigen Polizeibehörde einzureichen, ferner daß sie gebildet haben, daß Personen unter 18 Jahren an den politischen Vereinsversammlungen teilgenommen haben. Gegen die jugendlichen Angeklagten geht die Beschuldigung dahin, daß sie dem angeführten Verein angehört und sich an seinen Versammlungen beteiligt haben. Daß ein regelrechtes Vereinsleben existiere, das konnte auch durch die eidlidh vernommenen Kriminalbeamten nicht festgestellt werden. Selbstverständlich war auch kein Statut vorhanden; es kamen lediglich junge Leute in ihrer Eigenschaft als Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ mangels zusammen, um zu spielen, unpolitische Vorträge zu hören oder Ausflüge zu machen. Aus der Fragestellung des Vorsitzenden konnte man ohne weiteres entnehmen, wie er sich die Sache zu rechtgelegt hatte, sodas der Verteidiger eigentlich gegen den Vorsitzenden zu polemisieren hatte. Er stellte mit allem Nachdruck fest, daß ein Vereinsleben im Sinne des Gesetzes nicht bestanden hat, demnach auch das Gesetz nicht verletzt werden konnte. Das Gericht hielt es trotzdem für feststehend, daß die Form des Zusammenschlusses eine Umgehung des Vereinsgesetzes bedeutete und erkannte gegen den Angeklagten B. o. d. n. auf 30 M. und gegen zwei mitageklagte Jugendliche auf je 3 M. Geldstrafe; 4 Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Aus dem Lande.

Frauenvortrag. In der Ausstellung über den Alkoholismus findet heute Donnerstag nachmittag 3½ Uhr ein spezieller Frauenvortrag statt, worauf wir besonders hinweisen möchten. Der Eintritt ist völlig unentgeltlich.

Die Bürgerausschüßung am kommenden Montag hat eine außerordentlich umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen, „nur“ 21 Vorlagen werden verhandelt. Die wichtigsten sind wohl die Durchführung der elektrischen Bahn und die Frage des Kasernen-Neubaus für die kommende Garnisonvermehrung, bezw. die Frage, ob und wie weit die Stadt der Militärverwaltung „entgegenzukommen“ willens ist. Die sozialdem. Bürgerausschüßung nimmt in einer am Freitagabend in der „Blume“ stattfindenden Sitzung dazu Stellung. Die Fraktionsgenossen werden nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß diese Sitzung gut besucht sein muß.

Rastatt.

Bürgerausschüßung. Die am Montag, 21. Juli, abgehaltene Bürgerausschüßung war von 79 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung umfaßte 6 Punkte. Weder in dieselbe eingetreten wurde, begrüßte der neue Bürgermeister, Herr K. n. e. r., die Anwesenden und wies darauf hin, daß dies die erste Sitzung sei, welche zu leiten er die Ehre habe. Er führte weiter aus: Da Sie mir, so wie ich Ihnen, nicht fremd sind, halte ich es nicht für nötig, viele Worte zu machen, obwohl gewöhnlich bei solchen Anlässen programmatische Reden gehalten werden. Meinen Standpunkt habe ich anlässlich der Vorschlagsberatung bekannt gegeben. Ich verfidere, daß ich als meine wichtigste Aufgabe die Förderung des Wohles der Stadt betrachten werde und bei allem, was ich tun werde, nur das Gemeinwohl im Auge habe. Ich werde bestrebt sein, auf die finanzielle Leistung der Stadt Rücksicht zu nehmen, ohne jedoch Notwendiges zu veräumen. Dazu aber bedarf es der Mitarbeit aller und ich werde deshalb jede Anregung mit Freuden begrüßen.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt: Bewilligung eines Ruhegehaltes für den Sparassistenten H. B. o. l. l. i. a. n. in Höhe von jährlich 500 M., wurde, nachdem Herr Bürgermeister Renner zur schriftlichen Begründung noch einige Erläuterungen gegeben hatte, ohne Debatte einstimmig angenommen. — Bei Punkt 2: Errichtung zweier weiterer Hauptlehrerstellen an der hiesigen Volksschule, ergriff Genosse K. l. i. n. g. das Wort und wünschte, daß der ministerielle Vorschlag: Errichtung von 3 weiteren Hauptlehrerstellen, zur Annahme gelange. Die Kosten sollten in punkto Volksschule keine Rolle spielen, da die in der Schule erworbenen Kenntnisse für alle Lebenslagen ausschlaggebend seien. Man solle darauf bedacht sein, bei anderen Sachen mehr zu sparen und nicht an der Schule. Nach einer kurzen Erklärung des Herrn Bürgermeisters, warum der Gemeinderat die Errichtung von nur zwei Hauptlehrerstellen vorge schlagen habe, fand auch dieser Antrag nahezu einstimmige Annahme. — Punkt 3: Verkauf eines Bauplatzes, neben dem Ottobrunnenhäuschen am Niederbühler Tor in Größe von 1200 Quadratmeter, pro Quadratmeter 4 M., wurde ohne Debatte angenommen. — Auch Punkt 4: Verkauf eines Bauplatzes an Herrn Hermann Greiser sen. in einer Größe von 2270 Quadratmeter mit dem bei der Oberen Stauschleufe gelegenen Bafion 29, pro Quadratmeter 13 M., und daneben 1520 Quadratmeter à 5 M. an Herrn Bauunternehmer Koch wurde nach einer kurzen Debatte, an welcher sich die Stadtv. Stierlein, Mellert, Erfel, Göhmann und Zwietschhofer beteiligten, bis auf 1 Stimme angenommen. — Punkt 5: Verpachtungen, sowie Punkt 6: Ankauf von 17 Ar 40 Quadratmeter Wiese in der Waldenau um 570 M., wurden schnell im Sinne des gemeinderätlichen Antrages erledigt.

nen den Beteiligten vielfach nicht bekannt zu sein. Nach dieser Bestimmung sind Personen, auch wenn sie nicht Gastwirte oder Inhaber von Fremdenpensionen und dergleichen Unterkunftsanstalten sind, verpflichtet, Fremde anzumelden, die sie gegen Entgelt vorübergehend beherbergen. Zu diesen Fremden gehören beispielsweise Mehdbesitzer, Artisten des Kolosseums, Personen, die sich hier einem Examen unterziehen wollen usw. Die Anmeldung hat bis spätestens 7 Uhr morgens auf der Polizeiwache im Bezirksamtgebäude schriftlich unter Benützung des vorgefertigten Fremdenzettels zu erfolgen. Die Anmeldezettel sind auf den Polizeiwachen zu erhalten. Fremde, welche bei den genannten Personen ununterbrochen sechs Wochen wohnen, unterliegen mit Beginn der siebenten Woche der Meldepflicht nach den allgemeinen Meldevorschriften.

Unfall. Beim Aufladen von Sand auf einen Handwagen vor einem Neubau in der Eisenbahnstraße erlitt vorgestern vormittag ein lediger Tagelöhner aus Knielingen dadurch einen Unfall, daß der Wagen umkippte und ihm auf den rechten Fuß fiel, wobei er sich eine starke Quetschung des Fußrückens zuzog, die seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus nötig machte.

Nach gut abgelaufen. Das 5 Jahre alte Töchterchen eines hier wohnhaften Malers wollte gestern abend 1/2 7 Uhr auf der Kaiserstraße bei der technischen Hochschule noch kurz vor einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen über die Straße springen. Trotzdem der Wagenführer sofort den Wagen bremste, wurde das Kind noch von dem Trittbrett erfasst, zur Seite geschleudert und am Kopf sowie im Gesicht erheblich verletzt.

Auto-Unfall. Bei einer Autofahrt auf der Straße zwischen Ettlingen und Wolfartsweier geriet am 21. d. M. ein hiesiges Auto beim Ausweichen in den Straßengraben, wobei einer der Insassen, ein lediger Schlosser, herausgeschleudert wurde. Er zog sich dabei an der Brust und am Rücken erhebliche Quetschungen zu und mußte mittelst eines herbeigerufenen Autos in das städtische Krankenhaus hier überführt werden. Der Chauffeur und zwei weitere Insassen des Kraftwagens blieben unversehrt. Das Auto wurde nur leicht beschädigt.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Sommertheater. Für heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr hatte die Direktion eigentlich die 12. Wiederholung von „Hilfszauber“ angesetzt. Infolge großer Nachfrage betreffs weiterer Wiederholungen von „Puppchen“ sieht sich die Direktion veranlaßt, Donnerstag und Freitag statt der angeetzten Vorstellung „Hilfszauber“ die 5. und 6. Wiederholung von „Puppchen“ folgen zu lassen. „Puppchen“ ist eben ein so lustiges Stück, daß es mit keiner schon längst bekannten Schlagern in jeder Ausführung heiterer Stimmung hervorsticht. Die flüchtige Musik Hilbers tut ein übriges. Das Publikum begleitet jede Pointe und jeden Schläger mit anhaltendem Beifall, jedoch „Puppchen“ seinen „Augenfeind“ noch viele Male hier besingen dürfte.

Neues vom Tage.

Zum Erdbeben vom 20. Juli. Die Kaiserliche Hauptstation für Erdbebenforschung in Strassburg i. E. hat, wie uns dieselbe schreibt, die eingehende Untersuchung auch des Erdbebens vom 20. Juli in die Hand genommen. Zu diesem Zweck bietet sie dringend am möglichst zahlreiche Mitwirkung aller Beobachtungskreise durch Zusendung ausführlicher Berichte über das Erdbeben. Wenn es irgend wie möglich ist, so sollten aus jedem Orte, wo das Beben verspürt wurde, eine Reihe von Bebenberichten vorliegen. Auch ist es wichtig zu erfahren, wenn an einem Orte das Beben nicht verspürt wurde. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist, was weder gewöhnlich nicht geschieht, den sichtbaren und hörbaren Wirkungen zuzuwenden, die das Erdbeben ausübte, z. B. Zittern der Möbel? Reises oder lautes Klirren von Gläsern, Geschirren, Fenstern? Krachen von Türen, Balken, Dielen? Bewegung von Blumen, Sträuchern usw.? Schwanken frei hängender Gegenstände? Verschieben oder Klappern von Bildern? Lösen von Ausklingeln? Umfallen kleiner Gegenstände, wie Nippisachen usw.? Umfallen an die Wand geklebter Gegenstände? Anschläge von Kirchenglocken? Verrücken von Möbeln? Herabfallen der Gegenstände (welcher?) von den Wänden? Umfallen von Möbeln? Welchen? Abrollen des Verputzes? Mauerrisse? Herabfallen von Raminen, Dachpfannen, Gausverzierungen usw. usw.? Bei Gebäudebeschädigungen, Veränderungen des Erdbodens und ähnlichem ist eine ausführliche Beschreibung zu geben. Auf Wunsch werden Fragebogen und Anleitungen zur Beobachtung der Erdbeben kostenlos zur Verfügung gestellt. Zur aufrichtigsten Dankes darf jeder Einsender einer Erdbebenmeldung sicher sein, wenngleich es selbstverständlich nicht möglich ist, jedem einzelnen Beobachter den Empfang zu bestätigen.

Um möglichst weite Verbreitung dieses Aufrufs durch die Presse wird gebeten.

Schiffwassergefahr. Frankfurt a. M., 23. Juli. Wie aus Mainz gemeldet wird, erreichte der Rhein gestern nachmittag eine Pegelhöhe von zwei Metern gegen gestern 1,86 Meter, bei Mannheim stieg der Rhein heute um 26 Zentimeter. Der Main ist bei Kitzheim von 147 Zentimeter gestern auf 165 Zentimeter heute gestiegen.

Schiffwasser. Mannheim, 23. Juli. Rhein und Neckar sind seit gestern bedeutend gestiegen. Der Rhein zeigte heute nachmittag einen Pegelstand von 5,20 Meter gegen 4,84 Meter gestern. Der Wasserstand des Neckars hat sich von 4,73 Meter auf 5,10 Meter gehoben. Die Ufer beider Flüsse sind weithin überschwemmt. Die Schifffahrt nach den oberrheinischen Häfen hat eingestellt werden müssen.

Berlin, 24. Juli. Die Morgenblätter melden aus Mainz: Seit drei Tagen regnet es in der unteren Rheingegend in Strömen. Rhein und Main steigen täglich bis zu 30 Zentimeter. Die Hälfte der Getreide- und Weinernte wird als verloren betrachtet. Auch in der Zentralhochweiz fällt wieder unaufhörlich Regen, der in den höheren Lagen mit Schnee untermischt ist.

Schweres Grubenunglück. Nachen, 23. Juli. Auf dem Carolus-Magnus-Schachte in Lebach bei Weitenkirchen hat sich ein schweres Grubenunglück ereignet. Ein im Bau begriffener Förderer ist gestern plötzlich eingestürzt und hat 15 Bergleute, die in der Tiefe arbeiteten, unter den Erdmassen begraben. Man vermutet, daß die in den letzten Tagen herrschenden Regengüsse die Ursache des Unglücks waren. Der Schacht ist nämlich nach dem sogenannten Gefrierverfahren hergestellt, wobei die Erdwände durch Kälteanlagen zum Gefrieren gebracht werden und ihnen dadurch die notwendige Festigkeit verliehen wird. Die durchdringenden Wassermassen hatten einen Teil der Gefrierwände durchweicht und so plötzlich das Erdreich zum Rutschen gebracht. Verschüttet sind ein Steiger und 14 Bergleute. Ein Bergmann konnte sich retten. Man schätzt die Mächtigkeit der Erdmassen, unter denen die Bergleute begraben liegen, auf 45 Meter. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, doch mußte es leider als ausgeschlossen gelten, die Verschütteten noch lebend anzutreffen.

Nachen, 25. Juli. Für die 14 verschütteten Bergleute auf der Zeche Carolus-Magnus besteht keine Aussicht auf Rettung. Die Verwertung hat schon die Särge für die Unglücklichen bestellt. Es können noch Taue vergehen, ehe die Leichen erreicht werden können, auf denen 8-10 Meter hohe Sandmassen in

70 Meter Tiefe lagen. Die Bergungsarbeit gestaltet sich sehr schwierig. Der ganze Schacht muß erst geklärt werden, um weitere Einstürze zu verhindern. Erst dann kann man an die Bergschaffung der Sandmassen gehen. Von den Bergungsläden sind sieben verheiratet. Die Grube gehört einer französischen Gesellschaft.

Große Hitze in Spanien. Madrid, 23. Juli. Die seit Wochen herrschende Hitze und Trockenheit, über die aus dem ganzen Lande verzweifelte Meldungen einlaufen, erreichte in Madrid heute die seit vielen Jahren nicht verzeichnete Höhe von 35 Grad Reaumur im Schatten. (Also auf nach Spanien! D. Red.)

62 Arbeiterinnen verbrannt. Neuport, 23. Juli. In Binghampton im Staate Neuport brach in der dortigen Kleiderfabrik Feuer aus. 200 Mädchen sprangen in der ausgebrochenen Panik aus dem Fenster. Viele sprangen aus den hinteren Fenstern in den Chenango-Fluß. Von diesen wurden die meisten gerettet. Es spielten sich furchtbare Szenen ab. Das Treppenhaus war voll Rauch und sehr viele erstickten. Auch das benachbarte Postamt fing Feuer.

Bei dem Brande haben 62 Arbeiterinnen den Tod gefunden. 30 sind schwer verletzt. Die Mädchen, zumest Polinnen unter 20 Jahren, hielten die Brand-Signale für einen Probe-Alarm und blieben in den Arbeitsräumen, bis die Flammen durch die Fenster schlugen. 120 Mädchen befanden sich im obersten Stockwerk und wurden durch die Flammen von dem einzigen Ausgange abgeschnitten. Eine große Anzahl von ihnen verbrannten, andere sprangen durch die Fenster und trugen meist schwere Verletzungen davon. Nach 20 Minuten stürzten die Mauern ein. Das Gebäude war erst in der letzten Woche als feuerfester approbiert worden.

Der neue Balkan-Krieg.

Der Depechenwechsel zwischen den Königen von Bulgarien und Rumänien.

Bukarest, 23. Juli. Die Depeche, die König Ferdinand am 21. d. M. an König Carol gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut:

Der lebhafteste und tiefgefühlteste Wunsch, der mich befeelt, der gegenwärtigen peinlichen Lage endgültig ein Ende zu setzen, drängt mich dazu, mich noch einmal in meinem Namen und im Namen meiner Regierung an Ew. Majestät zu wenden, um Sie um den Abschluß des Friedens zu bitten. Indem wir so handeln, haben wir keineswegs die Absicht, die eventuelle gütige Aufnahme, die Ew. Majestät dieser Bitte gewähren würden, dazu zu benutzen, um den Kriegszustand mit Serbien und Griechenland fortzusetzen. Meine Regierung ist im Gegenteil fest entschlossen, mit diesen beiden Ländern nach Frieden zu schließen. Sie hat dies eben bewiesen durch die Entsendung der beiden Delegierten nach Niksch, die mit den weitestgehenden, darauf bezüglichen Vollmachten versehen sind. Sie ist bereit, wenn Serbien und Griechenland ihrerseits mit derselben Magnanimität erwidern, sofort die Feindseligkeiten einzustellen und mit der Demobilisierung der Armee vorzugehen. Sie hat alle Garantien geliefert und ist noch bereit, alle Garantien zu liefern, die für die Aufrichtigkeit ihrer Absichten und dieser Erklärung, die ich heute in ihrem Namen abgebe, gefordert werden können. In diesem Sinne bitte ich Ew. Majestät, sie ihrerseits als befriedigend anzusehen und den Vormarsch der Truppen einzustellen. Ich und meine Regierung werden in diesem Akt Ew. Majestät eine glückliche Vorbedeutung für die baldige und herzliche Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen unsern Völkern erblicken, die durch so viele Erinnerungen und gemeinsame Interessen geheiligt sind, und die wir mit tiefem Bedauern einen Augenblick getrübt gesehen haben. Ferdinand.

König Carol erwiderte mit folgender Depeche:

Ich beile mich, das Telegramm Ew. Majestät zu erwidern, indem ich Sie versichere, daß ich von demselben Wunsch wie Sie befeelt bin, so bald als möglich einer Situation ein Ende zu setzen, die ich um so mehr beklage, als sie einen Augenblick die guten Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern zu trüben vermocht hat, die so viele Erinnerungen geheiligt haben. Meine Regierung hat der Regierung Ew. Majestät die Bedingungen bekannt gegeben, die die Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen unsern beiden Staaten schaffen soll, deren Aufrechterhaltung ich den größten Wert beimeße. Ew. Majestät können überzeugt sein, daß die friedlichen Gefühle, die ich Ihnen seit langer Zeit entgegengebracht habe, durch diese letzten Ereignisse, die uns durch die Umstände aufgerufen worden sind, nicht beeinträchtigt werden konnten. Ich bin glücklich, von Ew. Majestät zu erfahren, daß Ihre Regierung fest entschlossen ist, den Kriegszustand mit Serbien und Griechenland zu beendigen und daß Sie bereits Ihre Delegierten zu diesem Behufe beauftragt haben. Carol.

Die Besetzung Adrianopels.

Konstantinopel, 22. Juli. Eine unabhängige Kavalleriekolonne unter dem Oberst Ibrahim und eine fliegende Infanteriekolonne unter Enver Bey sind heute früh in Adrianopel eingezogen. Sie hatten mit den bulgarischen Truppen einen kurzen Kampf zu bestehen. Die Bulgaren hatten vorher die Munitionsdepots und einige Regierungsgebäude in die Luft gesprengt. Der zum Wali von Adrianopel ernannte frühere Minister des Innern, Sabchi Wibi, ist auf seinen Posten abgereist. Gleichzeitig haben sich 300 Gen dar men unter dem Oberst Zulon bei nach Adrianopel begeben. 600 bulgarische Gefangene wurden hierher gebracht.

Die bulgarische Meldung lautet:

Sofia, 23. Juli. Vor den zahlreichen regulären türkischen Truppen, die am Montag abend vor Adrianopel erschienen, war die kleine bulgarische Garnison, die sich in der Stadt befand, genötigt, sich zurückzuziehen, ohne Widerstand zu leisten. Am Dienstag früh besetzten die Türken die Stadt und begannen furchtbare Grausamkeiten. Der Bevölkerung hemächtigte sich eine Panik. Demselben Schicksal wie Adrianopel verfiel Kirzilisija, dessen schwache bulgarische Garnison sich gleichfalls zurückzog. Auch dort wurden die Einwohner niedergemetzelt.

Die bulgarischen Friedensvorschläge.

Athen, 23. Juli. Wie die „Amera“ erfährt, werden die bulgarischen Unterhändler bei Beginn der Verhandlungen eigene Vorschläge machen, und zwar folgende:

1. An Griechenland wird Saloniki abgetreten mit einem Hinterland, das bis Serres einschließlich reicht.
2. Bulgarien verzichtet auf den Teil Ostmazedoniens, der westlich der Struma liegt. Die Struma bildet die Grenze bis Tsageji.
3. Kawalla verbleibt Bulgarien, desgleichen die Gebiete östlich davon.
4. Bulgarien zahlt keine Kriegsschadigung.
5. Bulgarien lehnt die Verpflichtung zur Entschädigung

für den materiellen Schaden ab, der in den Städten und Dörfern Ostmazedoniens von den Bulgaren angerichtet wurde, indem es befreit, daß die bulgarische Armee dafür verantwortlich ist.

Bukarest, 23. Juli. Die Antwort Griechenlands, daß es Bukarest als Verhandlungsort für die Friedenspräliminarien annimmt, ist eingetroffen. Ebenso ist Bulgariens Antwort auf das letzte Telegramm Rumäniens angekommen, jedoch ist sie unbefriedigend, da die bulgarische Regierung noch immer zögert, eine klare Antwort zu geben, sondern sich auf vage, allgemeine Sätze beschränkt, die jede Auslegung gestatten. Rumänien dürfte begrifflicher Weise darauf nicht eingehen, sondern nochmals eine klare kategorische Antwort auf die drei gestellten Forderungen verlangen.

Die Verhandlungen über den Waffenstillstand dürften Freitag, Samstag und Sonntag in Niksch stattfinden.

Bukarest, 23. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags traf die Antwort Serbiens auf den letzten rumänischen Vorschlag ein. Serbien nimmt den Standpunkt Rumäniens an, wonach die Verhandlungen über die Friedensbedingungen auf rumänischem Boden stattfinden.

Neue Kämpfe.

Belgrad, 23. Juli. Das Serbische Prekurren meldet zur Einnahme von Beogradschit: Nach zweitägigen Kämpfen haben die serbischen Truppen Beogradschit eingenommen. Obgleich die weiße Fahne, das Zeichen der Uebergabe, wehte, leisteten die bulgarischen Truppen beim Einrücken der Serben in die Stadt Widerstand. Der Kampf dauerte bis 8 Uhr morgens. Bevor die serbischen Truppen einrückten, hatten die Behörden die Stadt verlassen. Die Bevölkerung war zurückgeblieben und begrüßte begeistert das erste serbische Detachement. Die serbischen Truppen haben Belarado, 8 Kilometer von Widin entfernt, erreicht.

Letzte Nachrichten.

Zum Werftarbeiterstreik.

Stettin, 24. Juli. Gestern hielten die Vertreter der freien Gewerkschaften eine Besprechung ab, in der gegen das Verhalten des Zentralvorstandes wegen Verlegung einer Streikunterstützung für die Stettiner Werftarbeiter Stellung genommen wurde. Man entschied sich auf eine Protestresolution, die einer für heute abend einberufenen Werftarbeiterversammlung zur Annahme vorgelegt werden soll. Eine ähnliche Stellungnahme befanden auch die im Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter organisierten Arbeiter. Die Zahl der Streikenden ist jetzt auf 6400 festgesetzt worden, von denen rund 200 dem Gewerksverein angehören.

Die französische Heeresvorlage.

Paris, 24. Juli. Die Armeekommission des Senates nahm mit allen gegen eine Stimme die Einstellung der 20-jährigen an. Die Kommission schlägt vor, die von der Kammer angenommene Vorlage anzunehmen unter dem Vorbehalt, daß ein späteres Gesetz in gewissen, weniger wichtigen Fragen in dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, allen vom Senat gewünschten Änderungen Rechnung trägt.

Die Revolution in China.

Petersburg, 23. Juli. Die chinesische Revolution wird hier auf japanische Einflüsterungen zurückgeführt. Jedenfalls behaupten Shanghaier Telegramme der Nationalistenblätter, daß die Japaner beinahe offenkundig den Revolutionären helfen. Die Führer der Bewegung hätten unter dem Schutz japanischer Torpedoboote von Shanghai aus das Aufstanzgebiet erreicht. In den Reihen der Südländer kämpfen japanische Offiziere. Die russische Regierung soll zwar nach den Forderungen der Mächte bei der Revolution nicht ein gleichgültiger Zuschauer bleiben, doch ist anzunehmen, daß Rußland politisch nur die Unterzeichnung des Mongolei-Vertrages unter dem Druck der inneren Schwierigkeiten fordern wird, zumal man annimmt, daß bei einem Sieg der Südländer diese für die Mongolei eine Lanze brechen werden. Trotzdem rät die Presse zu Vorsichtsmäßigkeiten, da Ueberraschungen durch die Boxerbewegung nicht ausgeschlossen wären.

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Linie“ Antwerpen.

Der Postdampfer „Napland“ der „Red Star Linie“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 20. Juli nachhefteten in Neuport angekommen. — „Columbian“ am 3. Juli von Baltimore nach Antwerpen abgegangen. — „Mekaba“ am 16. Juli in Antwerpen von Boston und Philadelphia angekommen. — „Columbian“ am 17. Juli in London von Baltimore angekommen. — „Gothland“ am 17. Juli von Antwerpen nach Neuport abgegangen. — „Manitou“ am 18. Juli von Philadelphia nach Antwerpen abgegangen. — „Philadelphia“ am 18. Juli in Baltimore von Antwerpen angekommen. — „Rancastrian“ am 18. Juli von Antwerpen nach Baltimore abgegangen. — „Waderland“ am 19. Juli von Antwerpen nach Neuport abgegangen. — „Finland“ am 19. Juli von Neuport nach Antwerpen abgegangen. — „Jesland“ am 22. Juli in Antwerpen von Neuport angekommen. — „Marquette“ am 22. Juli in Boston von Antwerpen angekommen.

Wasserstand des Rheins.

24. Juli. Schusterinsel 8,52 m, gest. 89 cm, Rehl 8,87 m, gest. 2 cm, Magau 5,80 m, gest. 1 cm, Mannheim 5,23 m, gest. 13 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten: Wilhelm Roth; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kadel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Bevilletteon: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. („Vasallia“.) Die Direktion des Sommertheaters (Festhalle) hat dem Verein eine größere Anzahl Baus zur Verfügung gestellt, die beim Kauf einer Eintrittskarte zum Preise von über 1 Mark zum Werte von 50 Pfg. in Zahlung genommen werden. Die Baus sind für unsere Mitglieder und Angehörige im Zigarrengeschäft Brehm, Schützenstraße 37, zu haben. Wir erfinden unsere Mitglieder, regen Gebrauch von dieser Erleichterung zu machen. 2355

Häpperr. (Sozialdem. Verein.) Sonntag vormittag 10 Uhr Versammlung mit Vortrag. 2356

Durlach. (Sozialdem. Bürgerausschußfraktion.) Freitag, den 25. Juli, abends Punkt 7 1/2 Uhr, in der „Blume“, 2. St., Fraktionsitzung. Vollzähliges Erscheinen notwendig. 2357

Volksschauspiel Dietslingen

bei Pforzheim (Naturtheater).
Lichtenstein
 Schauspiel in 8 Bildern
 Spielzeit Mai bis Oktober. Alle Sonn- und Feiertage.
 Am Samstag, den 26. Juli, nachm. halb 3 Uhr:
Außerordentliche Aufführung
 zu welcher die Schüler aller Lehranstalten bedeutende Preisermäßigungen erhalten.
 Preise für Schüler: 1.50, 70, 60, 50 Pf.
 für Erwachsene: 3.—, 2.—, 1.50, 1.—, Stehplatz 50 Pf.
 Zugverbindung Pforzheim-Dietslingen und zurück: Brötlingen ab: 12.35, 1.30 Uhr; zurück 7.00, 8.04 Uhr.
 In Anbetracht der vielseitigen Nachfrage nach Karten bitten wir die verehrl. Schulvorstände um rechtzeitige Anmeldung der Besucherzahl. Die Spielleitung.
 Karten vorverkauf in Karlsruhe bei Adolf Schröder, Schillerstraße 31 (Telephon 3421), und Geschwister Moos, Kaiserstraße 96 (Telephon 994).
 Dietslingen: Theaterbüro, Fernsprecher 1152.
 Auf Wunsch stehen Führer nach Schluß des Spiels nach allen Richtungen zur Verfügung. Anmeldung an das Theaterbüro und Kasse.

Boranzzeige.
 Auf vielseitigen Wunsch am Samstag, 2. August
Abend-Vorstellung
 verbunden mit erweitertem Kriegsfeuerwerk, bengalischer Beleuchtung der gesamten Szenerie und des Römerbergs.
 Eintrittspreise: 3.30, 2.20, 1.65, 1.10, 60 Pfg.
 Beginn halb 6 Uhr. Ende halb 10 Uhr.
 Für ausreichende Zugverbindung ist Vorfrage getroffen, entweder durch besondere Theaterzüge oder Anschluß nach allen Richtungen. (Siehe nächste Anzeige.) 1596

Grosser Schuhwaren-Saison-Räumungs-Ausverkauf
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Einzelpaare und Restbestände bis
50% im Preise ermässigt.
 Versäumen Sie nicht diese günstige Kaufgelegenheit!
Schuhhaus „Hansi“
 Ecke Markgrafen- u. Kronenstrasse.

Mehrere neue
Email-Kochherde
 billig zu verkaufen. Alte Herde werden in Zahlung genommen.
Marienstr. 15
 H. Hof. 2359

Spanische Weinhandlung
 von **Jaime Miro**
 empfiehlt ihre garantiert naturreinen
Weine
 Rotwein von 60 Pfg. per Liter an
 Weisswein von 70 Pfg. per Liter an
 ff. Süß- und Dessertweine
 Cognacs und Liköre.
 Verkaufsstellen: Ruppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstrasse 20.

Ettlingen.
Restauration zum alten Fritz
 Ecke Durlacher- und Duttentkrenzstrasse
 vis-à-vis der neuen Lateroffizierschule. ::
 Neu erbaute schönste Lokalitäten am Platz — Ausblick von H. Duttentkrenzstr. — hausgemachte Würstchen.
 Inh.: **D. Weissenburger**,
 früher „Gasthof z. Sonne“.
 1464

Danksagung.

Für die uns von allen Seiten erwiesene aufrichtige Teilnahme an dem so schweren Verluste unseres teuren Gatten und Vaters, die uns unseren Schmerz tragen half, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Karoline Stein, geb. Denninger.
Willy Stein.
Eveline Stein.

Karlsruhe, den 23. Juli 1913. 2360

im Ausverkauf Adlerstrasse 18a
 befinden sich
Arbeitskleider für jeden Beruf
 Dieselben werden zu fabelhaft billigen Preisen abgegeben 2352
Ausverkauf Adlerstrasse 18a.

Fleisch-Verkauf.
 Samstag, den 26. Juli, von 7 bis 1 Uhr, verkaufe ich
 Nuitsstraße 20 2349
prima Qualität Mastkuhfleisch
 eigene Mastung, à Pfd. 72 Pfg.
Wilhelm Reck
 Mollereibesitzer.

Mechaniker gesucht.
 Tüchtiger jüngerer Mechaniker (Werkzeugmacher) möglichst gelernter Dreher, der im Anfertigen von Werkzeugen für Revolverdrehbänke und Bedienen von Automaten bewandert ist, wird in dauernde und gut bezahlte Stellung nach Pforzheim gesucht. Offerten an die Expedition des Blattes erbeten. 2348

Zum Nähen wird angenommen, am liebsten für ein Geschäft (Schürzen und Hemden). Kronenstrasse 58, 3. Stod.

Tüchtige Schneiderin nimmt noch Stunden an. 2346
 Marienstr. 68a, 3. Stod.

Maschinenschriftliche **Derivationsungen**
 aller Art schnell und zuverlässig
 Reichenstraße 3, 2. St.
 Fernsprecher Nr. 3423. 81

Betragene Herren-Anzüge
 wie Schuhe, Stiefel, Weitzug
 läuft man am billigsten in dem An- u. Verkaufsgeschäft von
 Arnold Schab, Jähringerstraße Nr. 38. 1908

Diwans
 Große Auswahl in neuen Plüschdiwans v. 35, 40 und 45 M an, hochf. mod. schwere Qualität von 68 M u. höher. (Keine Fabrikware.) 2166
Möbelfabrik R. Köhler,
 Tapezier, Schützenstraße 25.

Einfach möbl. Zimmer, in der Nähe des Bahnhofs, part. od. 1 Treppe hoch gelegen, mögl. m. sep. Eing. als Büro gesucht. Offerten unter 2361 an die Expedition des Volksfreunde erbeten.

Sichere Gewähr für reelle Bedienung und volles Gewicht
 bieten der geehrten Karlsruher Einwohnerschaft die Mitglieder der
KOLA
 Einkaufsgenossenschaft
Karlsruher Kolonialwarenhändler
 c. G. m. b. H. 47
 Durch gemeinsamen Einkauf sind deren Mitglieder in der Lage, stets erstklassige Lebensmittel zu billigsten Preisen zu verkaufen. Geschäfte durch Plakate erkannt.
 Mitglied des Rabattsparvereins.

Zahn-Atelier
Heinrich Bohner
 Künstliche Zähne, Plombieren
 Schmerzloses Zahnziehen. ::
DURLACH, Leopoldstrasse 3
 vis à vis der Kaserne. 1846

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
 Beschreibungen. 22. Juli: Karl Burkhardt von Frankfurt a. M., Händler hier, mit Frieda Gretzel von Schiltach; Franz Kiefer von Reffenbach, Ingenieur hier, mit Maria Roth von Stuttgart; Hans Kalbe von hier, Zahnarzt hier, mit Hedwig Frier von hier.
 Geburten. Vom 15. bis 20. Juli: Friedrich Wilhelm, Vater Wilhelm Carlens, Monteur; Hildegard Rosa, Vater Franz Dirschmann, Schreiner; Irma Adelheid, Vater Eduard Franz, Aufseher; Gertrud, Vater Gust. Schempf, Schlosser; Elfriede Verta Klara, Vater Jakob Herbert, Schreiner; Phillypina Wilhelmina, Vater Richard Schwieger, Hochbauvermeister; Karl Eugen, Vater Wilh. Hensel, Schmied. Ruth Lore, Vater Paul Seymann, Kaufmann. Maria Maria, Vater Ferd. Jung, Elektrotechniker. Rudolf Anton, Vater Rud. Haufer, Bäckermeister.
 Todesfälle. Vom 20. bis 21. Juli: Casar Stein, Kaufmann, Chemann, alt 57 Jahre; Arthur, alt 5 Jahre, Vater Arthur Kaufmann, Tapezier; Kurt, alt 5 Monate 10 Tage, Vater Ernst Scherffing, Steinbauer. Eugenie, alt 4 Jahre, Vater Wilh. Sperl, Kaufmann. Wilhelm Kiefer, Privatier, Wittwer, alt 79 Jahre. Karl, alt 4 Jahre, Vater Konrad Kleier, Schreiner. Anna Schillmaier, alt 51 Jahre, Ehefrau des Portiers Jul. Schillingger.

Sommer-Theater.

Direktion Fr. Grunwald.
 Donnerstag, den 24. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, 2354
 zum 5. Male:
„Puppchen“.
 Freitag, den 25. Juli, abends 8¹/₂ Uhr,
 zum 6. Male:
„Puppchen“.

Budherer

empfehl
Zucker
 am Gut
 Pfund 21 ⤵
 bei 5 Pfd. 22 ⤵
Crystall-Zucker
 Org.-Sack N 41
 Zentner N 20.75
 bei 5 Pfd. 21 ⤵
Candis (schwarz)
 bei 3 Pfd. 34 ⤵
 Pfund 35 ⤵
Nordhäuser
 offen
 bei 2 Liter 85 ⤵
 bei 5 Liter 80 ⤵
Anfeg-Brauntwein
 bei 2 Liter 75 ⤵
 bei 5 Liter 70 ⤵

Budherer

in sämtl. Filialen.
 Photographen-Apparat, Größe 9x12 cm, samt Zubehör, nebst Vergrößerungs-Apparat, Gr. 18x24 cm, zu verkaufen evtl. auch Lauch gegen 2 Mandolinen und 1 Gitarre. **Durlach**, Jägerstraße 34, 3. Stod.
Zu verkaufen:
 Betten 25 M., 1 dopp. Schrank 12 M., 1 Herd 10 M., Tische, Stühle, Lampen, Bildertafeln 4 Bettstätten, 1 gr. Küchenschiff etc. **Brunnenstr. 5, part.**
 Ein 13jähr. Mädchen sucht über die Ferien Kinder zu hüten. Zu erfragen **Marienstr. 18, IV.**
Herren-Rad gut erhalt. für 15 M. z. verk. **Offenweinstr. 42, S. II.** 2338

Brennholz

vorzügliches Hartholz
 kleingefägt, per Zentner
 1 Mark ab Fabrikhof
 fortwährend zu haben.
Südd. Furnierfabrik
Werderstr. 7/9.
Umzüge mit Möbelwagen
 n. Rollen (bei Regen
 gebedete Rollen) besorgt billig
H. Muffinger, Reisingstr. 3a.

Im Kaufhaus Zapf
 Zell a. H.
 finden Sie die
 reichste Auswahl
 für alle Trachten des
 Kinzigtales.
 Spezialhaus
 für Trachtenartikel.
 Eigene Franzerei.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Aus Anlaß des 10jährigen Stiftungsfestes unserer Gaggenauer Mitgliedsgast arrangieren wir am Sonntag den 27. Juli einen **Sonderzug in das Murgtal.**

Abfahrt: Bruchsal: 6.15; Durlach: 6.33; Karlsruhe: 6.41; Rastatt: 7.06. Ankunft in Forbach 8 Uhr.

In Forbach Besichtigung der Brückenbauten. Mittags 1.55 Rückfahrt nach Gaggenau. Dort ist im „Grünen Hof“

Volkstanz, Kinderfestzug, Feuerwerk u. i. w.

Rückfahrt ab Gaggenau: abends 10 Uhr.
Ankunft: Rastatt: 10.17; Karlsruhe: 10.40; Durlach: 10.49; Bruchsal: 11.07.

Fahrtreise ab Bruchsal und zurück 2.70 Mk., ab Karlsruhe und zurück 1.80 Mk., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Wir erlauben unsere Mitglieder, sowie die gesamte Arbeiterschaft unseres Bezirkes, um zahlreiche Beteiligung.

Karten für den Sonderzug sind auf unserm Büro, Markgrafenstraße 26, sowie bei allen Eintassierern erhältlich.

Die Ortsverwaltung.



Weltwohl Hopfen-Aepfel-Bräu

Ein neues, fast alkoholfreies Erfrischungsgetränk. Hergestellt aus nur besten Äpfeln & Hopfen.

Brauerei C. Franz Rastatt

Niederlage bei:

H. Müller, General-Vertrieb für Karlsruhe u. Umgebung, Rheinstraße 42. — Telefon 1233. 1105

- | | |
|---|--|
| Baumann, J., Reisingstr. 78 | Mähle, Jak., Douglasstr. 23 |
| Beckert, Otto, Dwe., Waldstr. 89 | Reinhardt, Franz, Körnerstr. 40 |
| Bernhard, Peter, Kolonialwaren, Waldhornstr. 58 | Rohr, Anton, Amalienstr. 13 |
| Braun, Fr., Augartenstr. 88 | Ruber, Gottl., Lenzstr. 13 |
| Burger, Alex., Grenzstr. 8 | Rabbe, Martin, Wilhelmstr. 17 |
| Daub, Fr., Augartenstr. 87 | Raschke, L., Werberstr. 81 |
| Dolland, Josef, Schillerstr. 43 | Schub, Marie, Witwe, Mathystr. 8 |
| Dür, Ludwig, Morgenstr. 28 | Schaar, Anton, Ede Reising- und Soffenstraße |
| Eisele, Georg, Marienstr. 68 | Scherer, E. Nachf., Wöhlfeststr. 1 |
| Greiner, Rosa, Zitel 25a | Schick, Otto, Augartenstr. 56 |
| Grober, Fr., Durlacherstr. 55 | Schmitt, J., Kapellenstr. 32 |
| Habermeier, Fr., Schützenstraße 89 | Schimmel, Thekla, Reikenstraße 19 |
| Hausmann, G., Morgenstr. 3 | Schorr, Adam, Roonstr. 17 |
| Hegele, Josef, Kriegstr. 183 | Schnurr, Emil, Klaupechtstraße 21 |
| Heilmann, G., Ede Seminars- und Wismarstraße | Seltzer, Lieb, Waldstraße neben 40c |
| Hess, Franz, Amalienstr. 46 | Segewitz, J., Hirschstr. 35 |
| Hoefler, Carl, Friedrichsplatz 11 | Sidinger, G. L., Marienstr. 35 |
| Hoferer, G., Schillerstr. 88 | Stoll, Lina, Luitensstr. 78a |
| Hoff, Friedrich, Fähringerstraße 84 | Teuroy, van Soffenstr. Ede Fetter, Gebrüder, Drogerie, Ede Adlerstr. und Zitel |
| Huber, Franz, Luitensstr. 16 | Welch (Hilke Sinn), Göttestraße 8 |
| Kast, Franz, Kulligstr. 1 | Werner, Ludwig, Brauerstraße 11 |
| Kaufmann, St., Gottesauerstraße 55 | Wieland Markus, Hirschstraße 10 |
| Kleiner, Marie W., Scheffelstraße 47 | Wöllner, F., Rudolfstr. 25 |
| Kocher, Will., Roonstr. 32 | Zimmermann Peter, Lachnerstraße, 24 |
| Kollins, Anna, Georg-Friedrichstraße 32 | Zöller, W., Mathystr. 19. |
| Kuhn, Gfr., Schützenstr. 40 | |
| Mahl, Carl, Goethestr. 50 | |
| Meyer, Rosalie, Ußlandstraße 8 | |
| Meyer, Otto, Durlacherstr. 6 | |

Bekanntmachung.

Im Städt. Bierordtbad sind in der Zeit vom 1. Juli 1912 bis 1. Juli 1913 folgende Gegenstände liegen geblieben: 1 Damen- uhr, Ringe, Messer, Broschen, Handschuhe etc. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch gemäß § 980 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte an den oben aufgeführten Gegenständen binnen 14 Tagen beim Städt. Bierordtbad, Gartenstraße 1 anzumelden, widrigenfalls die fraglichen Gegenstände gemäß § 979 B.G.B. versteigert werden.

Karlsruhe, den 23. Juli 1913.



Kluge Hausfrauen

verwenden statt Bohnenkaffee stillschweigend 'Quieta-Kaffee-Ersatz'. Sein Wohlgeschmack befriedigt auch den Feinschmecker, er ist koffeinfrei, schadet weder dem Herz noch den Nerven und raubt nicht den Schlaf. Er ist billig, denn 20 Tassen kosten nur 10 Pfg. In Hotels und Pensionen im täglichen Gebrauch. Pfund-Paket 70 Pfg. in Kolonialwarenhandlungen und Drogerien.

Quieta-Präparate sind in Karlsruhe erhältlich:

In den Apotheken: Hilda-Apotheke, Dr. Fritz Lindner Internationale Apotheke.

In den Drogerien: Wilh. Baum, Ludwig Bühler, Ernst Deuble, Engel-Drogerie, Otto Fischer (Fidelitas-Drogerie), Gg. Jacob, Rudolf W. Lang, Karl Lösch, J. Lösch, Carl Roth (Hofdrogerie), J. Dehn Nachfolger, Th. Walz, Wilh. Tscherning, Max Strauss (Mühlburg), Otto Mayer.

In den Kolonialwarenhandlungen: Franz Fitterer, W. Harlfinger, M. Heusser, Gottfr. Hoferer, Rudolf Langer, Frau M. Mayer, Emil Nagel, Eug. Neumann, A. van Venrooy, Helnr. Rothweiler, Ludwig Zimmer, in Durlach: Frau Seeger.

Zurückgebliebene Kinder

gedeihen prächtig, der Appetit bessert sich sofort durch einige Dosen Quietamal. Es wird gern genommen und gut vertragen. Neben der Kräftigung des Körpers wird auch Anregung der geistigen Kräfte erzielt. Hebt bei Erwachsenen körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Erfolg überraschend. Dosen zu Mk. 1.— und 1.80 in Apotheken und Drogerien



Ich gewähre

von jetzt bis Ende August auf sämtliche lagernde

Schlafzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Fremdenzimmer, kompl. Küchen, Einzelmöbel, Kleinföbel

auf meine regulären Verkaufspreise einen

Rabatt von 10%

Es liegt im Interesse aller Verlobten und Konsumenten, von dieser sehr günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen. Bereitwilligst werden gekaufte Einrichtungen und Einzelmöbel, behufs späterer Abnahme, in einem besonderen Reserve-Magazin kostenlos zurückgestellt.

Viele Anerkennungs-schreiben. Franko-Lieferung. Langjähr. Garantie.

S. Krämer Möbel- u. Bettenhaus Karlsruhe

778 Telephon 778 — 30 Kaiserstrasse 30.

Spezialhaus für gediegene bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

Große Möbelausstellung in 2 Läden und 5 Stockwerken.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf Freitag, den 25. Juli ds. Js., nachmittags 5 Uhr, in den großen Rathsaussaal einzuladen.

1. Veräußerung von Baugelände beim neuen Hauptbahnhof (Vorlagen Nr. 41, 44 und 56).
2. Honorar des Architekten für die Projektierung des Bahnhofplatzes und der Fassaden (Vorlage Nr. 53).
3. Erteilung von Bauten und Anlagen zur Erweiterung und Verschönerung des Stadtgartens (Vorlage Nr. 43).
4. Denkmalschutz für Oberbürgermeister Schnegler (Vorl. Nr. 48).
5. Herstellung und Unterhaltung der Gehwege (Vorlage Nr. 46).
6. Pflasterung von Teilstrecken der Durlacher Allee und der Douglasstraße (Vorlage Nr. 47).
7. Erwerb des Geländes der alten Militärschwimmschule (Vorlage Nr. 49).
8. Erbauung eines Konzerthauses und einer neuen Ausstellungshalle (Vorlage Nr. 54).
9. Errichtung etatmäßiger Stellen an der Volksschule, an den Realgymnasien und an den höheren Mädchenschulen (Vorlagen Nr. 50 und 55).
10. Fortführung der Straßenbahn durch Durlach (Vorlage Nr. 51).
11. Umgestaltung der Zumburgbahn (Vorlage Nr. 52).
12. Herstellung von Straßen im Gebiet des neuen Hauptbahnhofes (Vorlage Nr. 57).
13. Verlinkung der Rechnungen der städtischen Spar- und Pfandleihkassen und der Schulsparkasse für 1912.

Der Oberbürgermeister: Siegriff.

Zu Sommerpreisen

empfehle
la. Kohlen, Koks, Briketts, Brennholz
gegründet 1872 **Johann Kolb** gegründet 1872
Durlacherstrasse 56, bei der Kronenstrasse.
Fernsprecher 1028.
Rabattmarken. Preisliste zu Diensten.
Spezialität: Qualitäts-Anthracite. 2126

Ein Divan u. Chaiselongue, wie neu (rot) 28 u. 18 Mk., ein Kinderbett mit Matratze 10 Mk., saub. Bett 35 Mk., bereits neues Deckbett u. 2 Kissen 25 Mk. sind zu verkaufen: 2343 Ludwig Wilhelmstr. 28, Hof.

Städt. Bierordtbad

Ferienkarten zu ermäßigtem Preise für das Schwimmbad 1. August bis 15. September gültig für Erwachsene 5.— Mk. für Kinder . . 3.— Mk. 2351

Leder-Ausschnitt!

Der kolossale Zuspruch in meiner Detail-Verkaufs-Abteilung zu Fabrikpreisen veranlaßt mich, jedermann auf meine — in jeder Größe u. Stärke zum sofortigen Aufnageln fertigen Sohlen u. Flecke aufmerksam zu machen. 2117
D. R. G. M. 555 990 Leder-Ausschnitt, Gummiaufsätze
556 677

u. s. w. in jeder Preislage, sowie sämtliche zur Schuhreparatur nötigen Artikel und Werkzeuge empfiehlt
Ferdinand Rischheimer, Sohlen-Stanzwerk
Amalienstraße 37, (gegenüber der „Krone“) Hof parterre.

Holzhandlung

Joh. Kotterer, Marienstr. 60 :: Teleph. 3222
empfiehlt alle Dimensionen Bretter in Tannen, Fichten, Buchen, Eichen, Erlen, Birnbäum sowie Falzbretter, Stabretter, Stabbeulen, Rahmentenkel, Latten usw. roh und gehobelt 2308